Nummer 427

Bezugs-Preis:
Vierteljährlich 12 Mark, monatlich 4 Mark, für das Ausland mit dem entsprechenden Aufschlag. Kreuzbandsendungen 25 Mk.

Schriftleitung und Geschäftsstelle:
Berlin W 8, Kronenstraße 37

Bestellungen werden angenommen bei allen Postanstalten, Zeitungsspeditoren und unserer Geschäftsstelle

Berliner Börsen-Zeitung

Morgen-Ausgabe

65. Jahrgang

Anzeigen-Preis:
Die 9 gespaltene Zeile 1,50 Mk. Reklamezeile 4 Mk.
Als besondere Beilagen erscheinen: Ergänzungen zum Kurszettel, Jinschein-Blatter, Deutsche Lebensversicherungsgesellschaften, Allgem. Verlosungslisten mit Restanten, Ziehungslisten der Preuß.-Südd. Klassenlotterie und viele andere tabellarische Uebersichten
Die Zeitung erscheint 1. d. Woche dreizehnmal
Zuschriften an die Geschäftsstelle direkt erbeten.

Telegramm-Adresse: »Börsenkrone« | Fernsprecher der Schriftleitung und Geschäftsstelle: Zentrum 2413 u. 12352 | Sonnabend, 20. September 1919 | Fernsp. d. Druckerei: Zentrum 2488 | Postscheck-Konto: Berlin 26412 | Einzelpreis 15 Pf.

Vollstreckung des Urteils gegen die Geiselmörder.

München, 19. September.

Das Urteil gegen die wegen des Geiselmordes zum Tode Verurteilten wurde heute nachmittag 4 Uhr im Stadtheim vollstreckt. Zwischenfälle haben sich nicht ereignet.

München, 19. September.

Unmittelbar nach Schluß der gegen sie geführten Hauptverhandlung wurden die im Geiselmordprozeß Verurteilten in das Münchener Strafgefängnis Stadelheim, ein neu erbautes, groß angelegtes Gerichtsgefängnis an der südöstlichen Peripherie Münchens, zurückgeführt. Mit Rücksicht darauf, daß der Hauptangeklagte Seidl in einem bei ihm im Laufe der Verhandlung gefundenen Kassiber dem lebhaften Wunsch nach seiner Befreiung durch die Münchener Spartakisten Ausdruck gegeben hatte, dem Gefangenenwagen Autos mit Bewaffneten voran. Auf Umwegen wurde das Gefängnis am Spätnachmittag erreicht, wo man die Gefangenen alsbald trennte.

Die sechs zum Tode Verurteilten wurden in besonders scharf bewachte Zellen gebracht, wie überhaupt das ganze Gefängnis von Militär umgeben wurde. Gegen jeglichen Angriff von außen war sahen dem Gefangenenwagen Autos mit Bewaffneten voran. Auf Umwegen wurde das Gewerfer gesichert. Die Einlieferung der Gefangenen vollzog sich ohne Zwischenfall.

Gestern nachmittag trat im Ministerium des Innern der bayerische Ministerrat zu einer entscheidenden Sitzung über die vom Volksgericht verhängten 6 Todesurteile zusammen. Die Beratungen zogen sich bis gegen 3 Uhr nachts hin. Da das Urteil des Volksgerichtes innerhalb 24 Stunden vollstreckt werden mußte, so mußten die Verhandlungen des Ministerrates ein abschließendes Ergebnis geitigen. Heute nachmittag gegen 3/5 Uhr gab das Ministerium folgendes bekannt: „Das Ministerium hat sich nicht veranlaßt gesehen, von seinem Begnadigungsrecht Gebrauch zu machen." Infolgedessen wurde das Urteil des Volksgerichtes betreffs der Angeklagten Seidl und Genossen heute nachmittag in Stadelheim durch Erschießen vollstreckt. Zu der Erschießung waren besonders zuverlässige Truppen kommandiert worden, doch hatten sich aus allen Teilen der Reichswehr des bayerischen Kontingents Mannschaften zur Vollstreckung des Urteils bereit erklärt, ein Zeichen der Erregung, die sich der gesamten Bevölkerung angesichts der Ergebnisse der Prozeßverhandlungen bemächtigt hatte. Die Erschießungen wurden um 5 Uhr nachmittags in der inneren Stadt bekannt, obwohl die Zeitungen weder über das Urteil noch über die Hinrichtung irgendwelche Extrablätter oder sonstige Bekanntmachungen herausgegeben hatten. Die vollzogene Hinrichtung wurde allgemein mit Befriedigung aufgenommen. Die zu Zuchthaus verurteilten Angeklagten werden voraussichtlich auf verschieden Strafanstalten Bayerns verteilt werden, um Konspirationen zu verhüten.

Die Staatsanwaltschaft des Münchener Volksgerichts hat bereits wegen des zweiten Geiselmord-Prozesses das Verfahren eingeleitet. Hierzu stehen bereits sechs Angeklagte, die als Zeugen in dem ersten Prozeß vernommen worden sind, zur Verfügung. Ein weiterer Mittäter, ein gewisser Greiner, ist gestern in der Nähe von Rosenheim festgenommen worden. Dazu gesellt sich der russische Student Krylenko. Dagegen ist ein wichtiger Zeuge für diesen Prozeß, der schon im ersten Verfahren vernommene 24 Jahre alte Münchener „Polizeipräsident" aus den Tagen der Räte-Republik Meiergünther, kurz nach seiner Rückführung von der Verhandlung aus der Festungshaft in Eichstedt entflohen. Er war wegen seiner Beteiligung an der Räte-Republik Ende Juli d. J. zu drei Jahren Festung verurteilt worden.

Die politischen Gefangenen in Bayern.

München, 19. September.

Zu dem Vorwurf einiger Blätter, daß die bayerische Regierung gegenüber den politischen Gefangenen schwächliche Nachsicht walten lasse, wird amtlich gemeldet, daß die Justizverwaltung sofort die energischsten Schritte getan hat, um die Verhältnisse im Stadelheimer Gefängnis zu untersuchen und schnellstens Abhilfe zu schaffen.

Erzberger bleibt.

Aus Kreisen, die dem Reichsfinanzminister Erzberger nahestehen, erfährt die „Deutsche Allg. Ztg.", daß dieser sich keineswegs mit Rücktrittsgedanken trägt, vielmehr durchaus beabsichtigt, die von ihm begonnene Steuerreform auch durchzuführen. Von einer Übernahme eines neu zu schaffenden Ministeriums für den Wiederaufbau der zerstörten Gebiete durch den Reichsfinanzminister Erzberger war vor einigen Monaten die Rede. Eine solche kommt aber zurzeit nicht in Frage.

Um Noske.

In der im „Tagesspiegel" der gestrigen Abend-Ausgabe wiedergegebenen Mitteilung einer hiesigen Korrespondenz über Differenzen zwischen dem Reichswehrminister Noske und dem „Vorwärts" hören die „P. P. P.", daß die dort vertretene Auffassung in ihrer Gesamtheit irrig sei und jeglicher Grundlage entbehre. Der Reichswehrminister habe mit seinen Parteigenossen verschiedene Angelegenheiten, bei denen es in letzter Zeit hie und da gewisse Unstimmigkeiten gab, offen durchgesprochen. Bei dieser Aussprache, die sich in voller und alter Kameradschaftlichkeit vollzog, habe sich eine völlige Übereinstimmung ergeben. Niemand denke an ein Verfahren, wie es die Korrespondenz andeutet.

Der Friedensvertrag in der französischen Kammer.

Stürmische Sitzung.

TU Paris, 19. September.

Die letzten Beratungen über den Friedensvertrag in der französischen Kammer nahmen einen stürmischen Verlauf, namentlich infolge einer Rede des Vertreters der neuen sozialistischen Mehrheit Longuet, welcher sich mit Barthou über die Haltung der deutschen Sozialisten während des Krieges auseinandersetzte. Verschiedene Zwischenfälle veranlaßten Deschanel zu der Drohung, die Sitzung aufzuheben. Longuet protestierte gegen die Nichtentwaffnung Deutschlands und gegen die Isolierung Österreichs. Er forderte die Unabhängigkeit Irlands und behauptete weiter, daß eine amerikanische Sondergesandtschaft unter Zutun von Lloyd George Friedensanträge an Lenin gestellt habe. Clemenceau mischte sich hier in die Debatte und erklärte, daß, wenn Lloyd George dies getan hätte, er sicher nicht mit jemandem darüber gesprochen habe. (Gelächter.) Clemenceau wandte sich auch entschieden gegen die Erklärung Longuets, daß der Oberste Rat beschlossen habe, Rußland zu räumen. Longuet erhob zum Schluß einen scharfen Protest gegen die Intervention in Rußland.

Unterzeichnungsfrist für Bulgarien.

TU Paris, 19. September.

Bei der Überreichung der Friedensbedingungen an Bulgarien wird Clemenceau nur mitteilen, daß für die Unterzeichnung eine Frist von 15 Tagen gelassen werde. Man erwartet, daß der erste bulgarische Abgeordnete in einer Antwortrede versuchen wird, die Verantwortlichkeit Bulgariens zu verkleinern.

Die Affäre Bullitt.

Amsterdam, 19. September.

Wie das Pressebureau Radio meldet, hat die „Preß-Associated" in London eine offenbar autorisierte Erklärung aus der Downing Street veröffentlicht, in der gesagt wird, die Erklärungen Bullitts seien ein parteiisch zusammengestellter Bericht über eine private Unterredung mit Lloyd George bei einem Frühstück nach Bullitts Rückkehr aus Rußland, zusammengeschweißt mit einer Mischung aus Unterredungen mit anderen Leuten.

Dem Pressebureau Radio zufolge veröffentlicht die „Washington Post" ein Telegramm aus Waterloun, nach dem Lansing auf die Frage, ob das in den Londoner Zeitungen veröffentlichte angeblich autorisierte Dementi der Erklärungen Bullitts der Wahrheit entspreche, erklärt hat: Diese Meldung ist unrichtig. Ich habe keine Erklärung, welcher Art immer, über Bullitt abgegeben.

Wiederaufnahme der deutsch-polnischen Verhandlungen.

Berlin, 19. September.

Eine Berliner Zeitungskorrespondenz will von gut informierter Seite erfahren haben, daß Korfanty, der in Warschau eingetroffen ist, von Paderewski demnächst Vollmacht erhalten soll, um die Wiederaufnahme der deutsch-polnischen Verhandlungen einzuleiten.

An zuständiger Stelle in Berlin ist nach der „Deutschen Allgem. Ztg." im Augenblick Abschließendes in der Angelegenheit noch nicht bekannt. Indessen weilt seit einigen Tagen der polnische Abgeordnete Diamann in Berlin, der auch am heutigen Tage um eine Unterredung mit dem Reichsminister des Auswärtigen nachgesucht hat. Es ist nicht ausgeschlossen, daß diese Unterredung mit einer Wiederaufnahme der Verhandlungen in Verbindung gebracht werden kann.

Moskau bedroht.

TK Stockholm, 19. September.

Aus Helsingfors wird gemeldet: Durch die Einnahme Tambows durch General Mamontow sind die Sowjet-Truppen in eine so schwierige Lage geraten, daß selbst Moskau als bedroht gilt. Die Sowjet-Regierung hat an die roten Garden einen Aufruf gerichtet, in dem auf den ungewöhnlichen Ernst der militärischen Lage hingewiesen wird. Über Moskau soll der Kriegszustand verhängt werden, die Verteidigung der Hauptstadt ist Dzerschinski, Kamenew und Sagorski übertragen worden.

Die Friedensverhandlungen in Pleskau.

TK Stockholm, 19. September.

Aus Reval wird gemeldet, daß sofort nach dem Abschluß des Waffenstillstandes die Friedensverhandlungen zwischen den baltischen Staaten einschließlich Finnlands und der russischen Sowjetregierung beginnen sollen. Die Delegierten sind bereits bestimmt und zwar die Ministerpräsidenten und Außenminister Lettlands und Estlands, der Ministerpräsident und Handelsminister Littauens sowie der Staatsminister und Außenminister Finnlands.

Kein Friede mit Sowjet-Rußland?

TU Stockholm, 19. September.

Nachrichten aus Helsingfors zufolge wird Finnland auf Grund seiner Beratungen mit der Entente vorläufig das Friedensangebot der Sowjet-Regierung nicht beantworten. Man wird zu verhindern suchen, daß Livland, Estland und Litauen Frieden mit Rußland schließen. Die Entente soll zugesagt haben, die englische Flotte nicht aus der finnischen Bucht zurückzuziehen.

Die englische Anleihe an Finnland.

Wir haben kürzlich gemeldet, daß die englisch-finnischen Anleiheverhandlungen sich geschlagen haben, da die neue finnische Regierung die an die Gewährung der Anleihe geknüpften Bedingungen als unerfüllbar bezeichnet hatte. Jetzt wird überraschenderweise gemeldet, daß die Anleihe-verhandlungen doch zu einem Ergebnis geführt haben, nachdem Finnland sich bereit erklärt hat, in den Randstaatenbund einzutreten.

Die baltische Entente Cordiale.

Riga, 17. September.

Bei der hiesigen Randstaatenkonferenz, zu der auch der litauische Ministerpräsident und der Handelsminister verspätet eintrafen, wurde nach offizieller Mitteilung eine Einigung dahin erzielt, kein besonderes gemeinsames Organ für die Staaten der baltischen Entente Cordiale zu schaffen.. Zollgrenzen sollen voraussichtlich nicht errichtet werden. In Lettland und Estland soll Frankenwährung eingeführt werden.

Der vorbereitende Reichswirtschaftsrat.

Der Entwurf eines Gesetzes über den vorbereitenden Reichswirtschaftsrat, der bereits durch eine Mitteilung des Reichswirtschaftsministers Schmidt in der Nationalversammlung angekündigt worden ist, ist inzwischen fertiggestellt worden. Er wird in den nächsten Tagen den Gegenstand von Besprechungen der zuständigen Ressorts bilden. Bis zur Schaffung des in der Verfassung vorgesehenen endgültigen Reichswirtschaftsrats ist für den vorbereitenden Reichswirtschaftsrat ein weitgehendes Mitwirkungsrecht bei der Gesetzgebung und beim Erlaß gewisser grundlegender Verordnungen vorgesehen.

Der vorbereitende Reichswirtschaftsrat wird in seiner Zusammensetzung den Interessen aller Volkskreise, sowohl der produzierenden wie der konsumierenden, ausgiebig Rechnung tragen und nach dem Grundsatz der Gleichberechtigung von Arbeitgeber und Arbeitnehmer zusammengesetzt sein.

Kleine Nachrichten.

Wie in parlamentarischen Kreisen verlautet, wird die neue preußische Verfassung keinen Präsidenten der Republik Preußen vorsehen.

•

Die Verwaltung des Herrenhauses wird von der preußischen Landesversammlung übernommen werden, dadurch wird der Etat des Herrenhauses überflüssig. Der Beamtenkörper des Herrenhauses wird von anderen Behörden übernommen. Ein Teil des Herrenhauses bleibt für das Wohlfahrtsministerium vorläufig reserviert, ein anderer Teil findet Verwendung für Arbeitsräume für die Abgeordneten der Landesversammlung.

•

Im Reichskolonialministerium fand am 19. September eine Sitzung statt, in der unter dem Vorsitz des Reichsministers Dr. Bell die endgültige Fassung des Entwurfs eines Entschädigungsgesetzes für die Kolonialdeutschen mit den beteiligten Ministern festgestellt wurde. Der Entwurf wird nunmehr den gesetzgebenden Körperschaften unterbreitet werden.

•

Nach Pariser Meldungen äußerte Pichon im Kammerausschuß, daß die Rechtsauffassung der Alliierten über die staatsrechtliche Frage der besetzten deutschen Gebiete die sei, daß Befehle der Besatzungsbehörden in jedem Falle Reichsgesetzen vorangegehen haben.

•

Nach einer bei der Münchener Polizeidirektion eingelaufenen Nachricht sind aus dem Gefängnis in Eichstädt eine Reihe politischer Gefangener entwichen. Bis auf drei konnten alle wieder festgenommen werden.

•

Wie die Blätter melden, wurde der Metzger Lindner, der nach seinem Attentat auf den früheren Minister Auer von München nach Wien geflüchtet war, den bayerischen Behörden ausgeliefert.

•

„Telegraaf" meldet aus London, daß Grey am Sonnabend auf der „Mauretania" nach Washington abfahren wird.

•

„Nieuwe Courant" meldet aus Washington vom 17. September: Von bestgter Seite wird erklärt, daß Japan und Amerika keine Noten über Kiautschou gewechselt haben.

•

In einer Versammlung der Grubenarbeiter Beamten und Ingenieure des Lazy-Schachtes wurde beschlossen, im Falle der Angliederung Teschens an Polen eine bolschewistische Republik auszurufen.

•

Der „Avanti" meldet, daß Donerstag mittag 12 Uhr in ganz Italien ein Streik der Post- und Telegraphenbeamten ausbrechen sollte. Ob er zur Tatsache geworden ist, darüber liegen noch keine Nachrichten vor, man glaubt aber kaum, daß er vermieden worden ist.

•

Der Streik der dänischen Transportarbeiter wird fortgesetzt. In der vorgestrigen Generalversammlung beschloß die Mehrheit der Anwesenden, die Arbeit nicht wieder aufzunehmen, bevor nicht ein Stundenlohn von 5 Kronen zugesichert wird.

Schlußwort.

Die deutsche Antwort auf die letzte Ententenote in der Verfassungs- und Anschlußfrage konnte nach Lage der Dinge nur eine Frage der Taktik und eine Taktfrage sein, und man darf feststellen, daß in Ansehung der gegebenen Umstände eine durchaus brauchbare Lösung gefunden worden ist. Man hat seinerzeit in der deutschen Presse die merkwürdige Auffassung lesen können, daß das Ultimatum vom 5. d. M. der deutschen Regierung die erwünschte Gelegenheit geboten hätte, nun endlich einmal gegen Herrn Clemenceau stärkstes Geschütz aufzufahren und einen flammenden Appell an das Weltgewissen zu richten, doch hat ja wohl inzwischen die weitere Entwickelung gelehrt, wie wenig zweckentsprechend eine solche Politik gewesen wäre. Im Gegenteil konnte man sich von Anfang an fragen, ob es sich nicht empfohlen hätte, gleich die erste Note auf das Ultimatum so zu fassen, daß sich alle Weiterungen garnicht erst ergeben konnten. Da der Artikel 61, 2 nicht zu jenen Bestimmungen der Verfassung gezählt wurde, die nach unserer gestrigen Note „Ihrer Natur nach einen grundsätzlichen und zeitlich unbeschränkten Charakter" tragen, so hätte das vielleicht in völlig unmißverständlicher Form besonders zum Ausdruck gebracht werden können. Die Art und Weise, wie von dem französischen Ministerpräsidenten die ganze Angelegenheit eingeleitet worden war, belehrte ja darüber, daß er sie in derselben Linie bis zum Ende durchführen würde. Erreicht wurde denn auch nur, daß die Gegenseite versuchte, in der Folge über die Forderungen des Ultimatums noch hinauszugehen.

Man darf, wie gesagt, anerkennen, daß die gestrige deutsche Note dieser Tendenz gegenüber taktisch gut operiert. Sie stellt eingangs durchaus richtig fest, daß die deutsche Regierung mit den Alliierten und Assoziierten darin übereinstimme, daß, wenn Verfassung und Friedensvertrag irgendwie miteinander kollidierten, die Verfassung nicht vorgehen könne. Das war es eben, was schon am 11. September vielleicht hätte deutlich ausgesprochen werden müssen, denn es ist anderswo überall Übung, daß „Weltrecht Staatsrecht bricht" und internationale Abmachungen den Landesgesetzen übergeordnet sind.

Im weiteren polemisiert die neue deutsche Note gegen irrtümliche Auslegungen des Herrn Clemenceau und sie beruft sich denn auch bei dieser Gelegenheit wieder, und unseres Erachtens auch recht glücklich, auf das Selbstbestimmungsrecht der Völker, auf das dieser ganze Notenwechsel in der Tat den stärksten Hohn darstellt. Deutschland konnte wirklich nicht voraussehen, daß dieses Recht, „welches seine Gegner so oft als einen der Grundpfeiler ihrer Friedensbedingungen bezeichnet haben, gerade für Deutschland und Österreich noch mehr beschränkt werden sollte".

Der letzte Teil der deutschen Duplik enthält eine energische Verwahrung gegen den Ton, in dem Herr Clemenceau geglaubt hat, unsere Antwort auf sein nach Form wie Inhalt gleich ungewöhnliches Ultimatum interpretieren zu sollen. Es wird gesagt, daß weder von einem „Kunstgriff" noch von einer „Vertragsverletzung" die Rede sein könne. Diese Unterstellungen werden im Gegenteil „mit aller Schärfe" zurückgewiesen. Aber darüber hinaus wird auch nachdrücklich darauf hingewiesen, daß es bisher nicht internationaler Brauch gewesen ist, feierliche Erklärungen einer Regierung in der ironischen Haltung zu behandeln, die vielleicht im Klub oder in einem Leitartikel für den „Homme libre" am Platze sein könnte. Wir können daher auch nur zustimmen, wenn die Reichsregierung im Interesse des Ansehens des deutschen Volkes dagegen Einspruch erhebt und erklärt, den alliierten und assoziierten Regierungen auf diesem Wege nicht folgen zu können. Die deutsche Regierung lebt auch mit Recht hervor, daß die endliche Herbeiführung normaler Beziehungen zwischen den Staaten nicht sicherer verhindert werden kann, als wenn der leitende Staatsmann Frankreichs an uns sich mittschen zu kühlen sucht und dabei die niedrigsten Instinkte der Volksleidenschaft aufs neue erhitzt.

Die gestrige Note ergänzt die Verwahrung gegen Herrn Clemenceaus Taktlosigkeit schließlich noch dahin, daß sie sagt, die Tatsache der deutschen Niederlage berechtige die Gegner nicht dazu, uns zu verletzen. Wir wegen nicht zu entscheiden, ob man nicht davon hätte ausgehen sollen, daß diese Wendung bereits in den vorbergegangenen Ausführungen vorweggenommen und enthalten sei. Das deutsche Volk hat den Krieg verloren und leidet innerpolitisch und wirtschaftlich aufs schwerste unter den furchtbaren Folgen dieses Verlustes. Aber das deutsche Volk weiß auch, daß trotzallem Deutschland auch in Zukunft zu den Weltmächten gezählt werden muß, und daß es von Beleidigungen, wie sie Herr Clemenceau beabsichtigt haben soll, nicht erreicht werden kann. Und wenn nun im Auftrage der Reichsregierung Freiherr von Lersner das „Protokoll" mit seiner Unterschrift versieht, so wissen wir, daß es sich dabei um eine Formalität handelt, die Herr Clemenceau noch für nötig hielt, um den „Schlußstein" seiner „Sicherungspolitik" zu setzen, aber unser Urteil über die Richtigkeit dieser Politik eines Monomanen der Angst vor Deutschland bleibt dadurch unberührt. In jenem „Protokoll" aber steht, wie an dieser Stelle schon einmal ausgeführt worden ist, nur genau das, was bereits von uns in der Note vom 11. September zugesagt worden ist, ja das „Protokoll" stellt sogar im wesentlichen bloß ein wörtliches Zitat aus jener Note dar, zu der letzten Endes auch die jetzige Note nur eine neue Interpretation bedeutet.

Stbn.

Amerika und die Rheinlandsfrage.

In einer Pariser Meldung der „Newyork Times" wird mitgeteilt, daß Schwierigkeiten im Rheinlande nicht ausbleiben können. Amerika müsse deshalb ein Mitglied in der hohen Rheinlandskommission ernennen oder aber, wenn dies nicht möglich ist, die amerikanischen Truppen aus dem Rheinland zurückziehen.

Theater, Konzerte usw.

Spielplan für Sonnabend, d. 20. September.

Opernhaus.
186. Abonnem.-Vorstellung. Neueinstudiert:
7 Uhr: Fidelio.

Schauspielhaus.
198. Abonnem.-Vorstellung.
7 Uhr: Coriolan.

Direkt.: Max Reinhardt.
Deutsches Theater.
7 Uhr: Claviga.

Kammerspiele.
7 Uhr: Die Büchse der Pandora.

Dir.: Victor Barnowsky.
Lessing-Theater.
7½ Uhr: Der Schöpfer.

Deutsches Künstler-Th.
7½ Uhr: Die letzten Ritter.

Dir. Reinhard-Bernauer
Theater i. d. Königgr. Str.
8/8 Uhr: Kameraden.

Komödienhaus.
8/8 Uhr: Liselott von der Pfalz.

Berliner Theater.
1/8 Uhr: Die Dame im Frack.

Volksbühne
Theater am Bülowplatz.
7½ Uhr: 's Jungfernstift.

Residenz-Theater.
7½ Uhr: Das höhere Leben.

Trianon-Theater.
7½ U.: Der gute Ruf.

Central-Theater.
Kommandantenstr. 57.
7½ Uhr: D. Schönste von allen.

Deutsches Opernhaus.
7 U.: Die Liebe dreier Könige.

Friedr.-Wilhelmstädt. Th.
7½ U.: Weinende Erben.

Kleines Theater.
8 Uhr: Summa Summarum.

Kleines Schauspielhaus.
Zur Vorbereitung: Krach.

Komische Oper.
7½ Uhr: Liebeszauber.
Stg. 3¼ U.: Liebeszauber.

Lustspielhaus.
7¾ Uhr: So ein Mädel.

Metropol-Theater.
7 Uhr 20 Min.: Die Faschingsfee.

Neues Operettenhaus.
7½ Uhr: Die Dame vom Circus.

Schiller-Theater Charl.
8 Uhr: Wilhelm Tell.
7½ U.: Flachsmann als Erzieher

Thalia-Theater.
7½ U.: Jungfer Sonnenschein.

Theater a. Nollendorfpl.
8¼ Uhr: Renaissance.
7½ Uhr: Die Puppe.

Theater des Westens.
7½ Uhr: Die Frau im Hermelin.
Stg. 12 Uhr: Tanzm. Elsa Böreny.
Stg. 3¼ U.: D. Luft. Witwe.

Theater „Die Tribüne".
Charl., Berliner Str. 37/38.
8 U.: Reiter, Entscheidung

Theater d. Friedrichstadt
7½ Uhr: Vier Einakter.

Wallner-Theater.
7 Uhr 15: Eine Ballnacht.
Stg. 3 Uhr 15: Geisha.

URANIA
Taubenstraße 48/49.
Wissenschaftliches Theater.
8 Uhr: In den Bergen Tirols.

Minister Oeser über die Erhöhung der Eisenbahntarife.

Staatssekretär Scheidt zur Wohnungsnot

Preußische Landesversammlung.

51. Sitzung, Freitag, 19. September.

Am Ministertische: Oeser, Stegerwald.

Präsident Leinert eröffnet die Sitzung um 12 Uhr 15 Minuten.

Nach Erledigung von 21 Anträgen durch Abstimmung folgt die erste Beratung des Gesetzentwurfs über die Erhebung von Zuschlägen im Güter- und Tierverkehr der preußisch-hessischen Staats-Eisenbahnen. Danach wird die Eisenbahn ermächtigt, vom 1. Oktober 1919 ab im Güter- und Tierverkehr einen Zuschlag bis zu 50 vom Hundert zu erheben. Der Zuschlag soll mit Ablauf des zweiten Wirtschaftsjahres, das auf den Abschluß des Friedens mit der letzten mit Deutschland im Kriege stehenden europäischen Großmacht folgt, außer Kraft treten.

Abg. Frenzel (Dem.): Einen anderen Ausweg, aus der Notlage, in der sich die Eisenbahn befindet, herzuführen, gibt es nicht. Wir müssen notgedrungen den Ausweg beschreiten, den der Entwurf vorschlägt. Die Erhöhung der Ausgaben beruht auf der Mehreinstellung von ungefähr 200000 Köpfen im Eisenbahnbetrieb und die Erhöhung der Preise. Auch die Veränderungen im Wirtschaftsleben sind nicht spurlos am Eisenbahnwesen vorübergegangen. Die Kohlenpreissteigerung bedinge eine Summe von 421 Millionen, also fast einer halben Milliarde. Vielleicht ist die Zahl bereits wieder überholt. Aus allgemeinen Staatsmitteln Deckung für das Defizit zu suchen, ist ausgeschlossen. Es muß aber dafür gesorgt werden, daß die Wunde beim Eisenbahnetat, der früher das Rückgrat der preußischen Finanzverwaltung war, geheilt wird. Zum wenigsten muß sich der Etat aus eigenen Mitteln erhalten können. Wenn wir die Vorlage annehmen, so sind wir uns wohl bewußt, welche schweren Mißstände eine solche Steigerung der Tarife für das ganze Wirtschaftsleben, für das ganze deutsche Volk, für jeden Einzelnen, haben muß. Der Minister hat recht, wenn er sagt, daß durch eine Überspannung der Tarife die Eisenbahn den Charakter eines sozialen Unternehmens verliert. Die wirtschaftlichen Vorgänge sind an eine bestimmte Tarifhöhe gebunden. Werden die Tarife zu hoch, so verlieren die Güter den Charakter der Freizügigkeit; sie können nicht mehr ausgleichend wirken. Unter keinen Umständen dürfen die erforderlichen Mittel von Handel und Industrie, Groß- und Kleingewerbe genommen werden. Das würde eine Umwälzung auf die Konsumenten, eine indirekte Steuer, also gerade eine schwere Belastung der minderbemittelten Volksklassen bedeuten. Verlangen müssen wir, daß man in den Tarifverhältnissen endlich zu Zuständen kommt, die von Dauer sind. Wenn wir das nicht bald erreichen, kann sich auch Handel und Wandel, Verkehr und Wirtschaftsleben nicht heben. Wir sind für Überweisung an den Staatshaushaltsausschuß. (Beifall.)

Eisenbahnminister Oeser:

Im Mai glaubte ich noch, daß die Einnahmen durch eine Förderung des Verkehrs erhöht werden könnten. Das hat sich als unmöglich erwiesen. Die Möglichkeiten für einen gesteigerten Verkehr wären vorhanden. Es macht sich ein allmähliches Anziehen des wirtschaftlichen Lebens bemerkbar. Die Ausfuhr könnte gesteigert werden. Man hungert im Auslande nach deutschen Waren. Trotzdem können wir den Verkehr nicht vermehren, weil es uns an Lokomotiven fehlt. Wir können 55000 Waggons nicht benutzen, weil wir keine betriebsfähigen Lokomotiven haben. (Hört, hört!) Wir haben einen Güterverkehr von 67-67% des Vorjahres. Der Personenverkehr betrug im Sommer 42% des Friedensfahrplanes. Wir sind aber nicht weiter gekommen, weil uns neben den Lokomotiven Kohlen fehlten und der Kohlenkommissar alle acht Tage eine weitere Einschränkung des Jagerkehrs forderte. Also

Mangel an Lokomotiven und Kohlen.

Die Tariferhöhung schneidet tief in das Wirtschaftsleben ein, zur Erhöhung der Gütertarife kommt eine Erhöhung der Personentarife, die durchschnittlich ebenfalls 30% ausmacht. Dazu tritt eine Beseitigung der wichtigsten Ausnahmetarife, also eine doppelte Besteuerung des Verkehrs. Die Entwickelung der Einnahmen ist trotz der bisherigen Erhöhungen nicht günstig. Bis zum 1. Juni war im Personenverkehr eine Mindereinnahme von 21½ Millionen, im Güterverkehr eine solche von 49 Millionen zu verzeichnen. (Hört, hört!) Dazu tritt die außerordentliche Steigerung der Ausgaben. Die Ruhrkohle ist von 12,30 ℳ im Jahre 1914 auf 68,90 ℳ gestiegen. Dazu kommen jetzt noch 45 ℳ Zuschlag für die Tonne. Dabei ist die Kohle erheblich schlechter als früher. Die Schienenpreise sind von 115 auf 750 ℳ gestiegen. Mit der Tariferhöhung machen wir also kein Geschäft, sondern decken nur einen Teil des Fehlbetrages. Würden wir kaufmännisch vorgehen, so müßten wir die Tarife nicht um 50, sondern um

150 Prozent

erhöhen, wie es einzelne Bundesstaaten und industrielle Kreise auch gefordert haben. Aus volkswirtschaftlichen Gründen haben wir davon abgesehen. Die Erhöhung ist schon jetzt recht beträchtlich. Bei der 4. Klasse kostet der Kilometer 4,5 Pf., bei der dritten steigt er von 3 auf 7,215 Pf., bei der zweiten von 4,5 auf 11,94 und bei der ersten von 7 auf 27 Pf. Die dritte Klasse kostet also mehr als die erste während des Krieges. (Hört, hört!) Es soll eine Monatskarte für die vierte Klasse zu den bisherigen Sätzen plus 50% eingeführt werden. Davon werden Wiedenfarben abgewiesen werden, die dem ganzen Publikum zugänglich sind.

Dann der Wasserweg. Tatsächlich war ein großer, unbenutzter Schiffsraum vorhanden. (Hört, hört!) Ich war dafür, daß er benutzt werde, aber der Kohlenkommissar hat die Ausfuhrerlaubnis nicht gegeben, wir sind sonst in der Belieferung ein Achtzigstel leerer Raum infolge des längeren Transportes entstanden wäre. (Widerspruch.) Mit Hilfe der Betriebsräte wird sich manches bessern. Sie haben nicht nur Rechte, sondern auch fest umrissene Pflichten. Tatsächlich sind bei der Eisenbahn mehr Personen tätig als notwendig ist, aber wir können die Leute nicht auf die Straße setzen und die Arbeitslosigkeit vergrößern. Für den Rückstrom aus dem Osten und die heimgekehrten Kriegsgefangenen werden Plätze freigemacht werden. Die Arbeitsmöglichkeit wird sich steigern durch Bedarf in den Kohlenrevieren und beim Wiederaufbau in Frankreich und Belgien. Elemente, die nicht arbeiten wollen, müssen von der Arbeitsstätte entfernt werden. Das geschieht in Übereinstimmung mit allen anständigen Arbeitern. (Beifall.)

Abg. Hue (Soz.): Unsere Eisenbahnbeamten und Arbeiter haben ihre volle Schuldigkeit getan. Es ist eine Großtat unserer Eisenbahnen, daß sie bei dem minderwertigen Sach-Material den Betrieb überhaupt so aufrecht erhalten haben wie es geschehen ist. Die Vorlage geht an den Haushaltsausschuß. — Es folgt die Fortsetzung der zweiten Beratung des Etats. (Ministerium für Volkswohlfahrt.)

Abg. Dr. Bronisch (D. Vp.): Minister Stegerwald hat gestern das Bekenntnis abgelegt: Ich habe mich nicht so entfalten können, wie ich es gewünscht hätte. Der Minister, der für Wohnungen sorgen soll, ist selbst in großer Wohnungsnot. Im Herrenhause macht immer noch eine illegitime Behörde, der Zentralrat, der legitimen Behörde den Platz streitig. Der Zentralrat hat dort noch 40 Räume, zum Teil als Wohnräume, inne. Ich wünsche dem Minister die Stellung eines Wohlfahrtsdiktators. Das Wohlfahrtsministerium muß seine besondere Aufgabe in der Kultur der Familie erblicken. Das eheliche Leben, die Häuslichkeit müssen wieder die gebührende Wertschätzung finden. Auch die Wohnungspolitik sollte unter diesem Gesichtspunkt stehen. Viel Vergnügungsstätten könnten recht gut als Wohnräume hergerichtet werden, denn Wohnen ist nötiger als Tanzen.

Unterstaatssekretär Schelcht: Es ist schon darauf hingewiesen, daß die Wohnungsnot eine internationale Erscheinung ist. Man fragt immer, warum wir eine solche Wohnungsnot haben, obgleich die Bevölkerungsziffer abgenommen hat. Dabei wird übersehen, daß eine Vermehrung der Haushalte stattgefunden hat. Der nötige Wohnraum hierfür kann nur durch entsprechende

Neubauten

beschafft werden. Verschafft ist die Not dadurch, daß infolge höherer Verdienstmöglichkeiten verhältnismäßig große Wohnungen benutzt werden. Es werden Wohnungen von Personen gemietet, die sich früher mit einer bescheidenen Schlafstelle begnügt haben. Schließlich ist durch das Hereinfluten von Flüchtlingen aus dem besetzten und abgetrennten Gebieten die Wohnungsnot verstärkt. Ganz besonders groß ist die Not im Kohlenrevier.

Wir haben nun zwei Maßnahmen zur Abhilfe: Entweder können wir neue Wohnungen schaffen, oder vorhandene stärker ausnutzen. Ein wirksames Mittel ist nur der Neubau von Wohnungen. Nun ist ja der Mangel an Baustoffen schon bekannt worden. Die Hoffnung, daß die Ziegeleien und andere Baustoffindustrien in absehbarer Zeit genügend mit Kohlen beliefert werden, ist leider nicht vorhanden. (Hört, hört!) Der Reichskohlenkommissar wird sogar gezwungen sein, das Kohlenkontingent für die Ziegeleien vom November ab noch herabzusetzen. (Hört, hört!) Alle meine Vorstellungen beim Reichskohlenkommissar waren vergeblich. Er erklärt:

Ich kann nicht mehr liefern.

Man wird deshalb besonders Wert darauf legen müssen, die vorhandenen Baustoffe wenigstens zweckmäßig auszunutzen. Leider wird immer noch gegen die Verordnung in dieser Beziehung verstoßen. Es werden jetzt für jede Übertretung sehr hohe Strafen festgesetzt werden. Große Schiebungen sind in Kalk und Zement an der Tagesordnung. Da wir bauen müssen, müssen wir mit Ersatz vorlieb nehmen. Wir haben in Deutschland vor dem Kriege jährlich 200000 Wohnungen erbaut. Wir werden auch in Zukunft mit einem solchen Zuwachs an Haushaltungen zu rechnen haben. Die Kosten dafür aber würden heute mindestens das Fünffache betragen. 7½ Milliarden würden jährlich nötig sein, um den normalen Wohnraum zu schaffen. Neben der Schaffung von Neubauten machen wir den Versuch, den vorhandenen Wohnraum stärker zu erfassen. Die Gemeinden sind ermächtigt, Beschlagnahme von Wohnräumen vorzunehmen, nur müssen sie dazu den Antrag stellen. Berlin hat einen derartigen Antrag erst Ende August gestellt, obgleich die Stadt bereits im Dezember vorigen Jahres dazu aufgefordert worden ist. (Hört, hört!) Als aber der Antrag gestellt wurde, ist er binnen 24 Stunden genehmigt worden.

Das Haus vertagt sich auf Dienstag, den 23. September, mittags 12 Uhr. Weiterberatung, Etat der Bauverwaltung, vorher Anfragen.

Schluß 6,15 Uhr.

Das Märchen vom japanisch-deutschen Geheimvertrag.

Der „Temps" behauptet, daß ein japanisch-deutsches Geheimabkommen bestehe, und veröffentlicht sogar den Text dieses angeblichen Abkommens.

Nachrichten über die Existenz eines solchen Vertrages sind schon früher aufgetaucht und sind bereits als unrichtig gekennzeichnet worden. Wie den „P. P. N." an zuständiger Stelle erklärt wird, handelt es sich hier um nichts anderes als um eine böswillige Erfindung, die zu dem Zweck verbreitet wird, um neues Mißtrauen zu säen.

Deutsch-französische Eisenbahnkonferenz.

Paris, 19. September.
Havasmeldung.

Die deutsche Eisenbahnkommission hatte mehrere Konferenzen mit der Direktion der Ostbahnen. Sie verließ am Donnerstag abend Paris, um sich nach Berlin zu begeben. In den Konferenzen wurden durch die technischen Fachleute die Einzelheiten festgelegt, bezüglich der Einführung des Luxuszuges Paris-Straßburg-Warschau, der gewöhnliche Züge mit durchgehenden Wagen sowie schließlich der Güterzüge, die Frankreich mit der Tschechoslowakei und Polen verbinden sollen.

An unsere Bezieher!

Seit dem 1. September 1919 erscheint die Berliner Börsen-Zeitung wieder mit

vollständigem Kurszettel

aller an der Berliner Börse gehandelten festverzinslichen und Dividenden-Papiere.

Damit in der Zustellung unserer Zeitung keine Unterbrechung eintritt, bitten wir, die **Bestellung für das IV. Vierteljahr 1919**

umgehend

bei dem zuständigen Postamt oder Zeitungsspediteur zu erneuern.

Bezugspreis: Vierteljährlich 12 Mark, monatlich 4 Mark, für das Ausland mit dem entsprechenden Aufschlag, Kreuzbandsendungen 25 Mark.

Berliner Börsen-Zeitung
Berlin W. 8, Kronenstr. 37.

Verzicht auf die Auslieferung des Kaisers?

TU Haag, 19. September.

Entgegen den heutigen Morgenmeldungen besagen Nachrichten aus Paris, daß die Alliierten voraussichtlich doch auf die Auslieferung des ehemaligen deutschen Kaisers verzichten werden, und zwar in der Voraussetzung, daß Holland wahrscheinlich Einwände gegen die Auslieferungsforderung erheben wird.

Das Oberkommando im besetzten Gebiete.

Versailles, 18. September.

Nach einer Depesche aus Brüssel hat die belgische Regierung zugestimmt, einem französischen General das Oberkommando über die Besatzungstruppen in den Rheinlanden anzuvertrauen. Bis jetzt ist nicht bekannt, ob England und Amerika auch schon zugestimmt haben.

Kohlennot in der ganzen Welt.

Wien, 19. September.

Der Vorsitzende der Internationalen Kohlenkommission, der amerikanische Oberst Nutt, erklärte den Blättern zufolge, die Kohlennot Österreichs und besonders Wiens müsse geradezu katastrophal genannt werden. Die Kohlenkommission werde zwar der Bevölkerung nach Möglichkeit zu helfen suchen, es dürfe aber nicht übersehen werden, daß die ganze Welt an Kohlennot leide. Auch ein anderes Mitglied der Kommission warnte vor Überschätzung der Möglichkeiten für eine Hilfe der Entente.

Der Staatssekretär für Volksernährung Löwenfeld-Ruß erklärte in einer Unterredung, der Bedarf Österreichs an Mehl sei für die nächsten Monate gedeckt, doch müsse man wegen der Schwierigkeit des Transportes mit zeitweiligen Stockungen rechnen. Gerade gegenwärtig seien infolge einer seidenen Stockung Mehlvorräte in Österreich nur für wenige Tage vorhanden. Für die Sicherstellung des Mehl- und Brotbedarfs sei die Klärung der Finanzlage und die Besserung der Valuta unerläßlich.

d'Annunzios Widerstand.

Bern, 19. September.

Die Unterhandlungen des Generals Badoglio, die dieser durch Vermittlung von Bürgern Fiumes mit d'Annunzio eingeleitet hatte, sind bisher an dem Widerstand des Dichters gescheitert. Fiume ist für einen Monat mit Lebensmitteln versorgt. Waffen und Munition gibt es für drei Monate. Badoglio will persönlich nach Fiume reisen, um mit d'Annunzio zu verhandeln. Er hat inzwischen an die Offiziere und Mannschaften d'Annunzios einen Aufruf gerichtet, in dem er mitteilt, daß die von der Regierung gestellte Frist zur Rückkehr zu ihren militärischen Einheiten verlassen sei und daß die Truppen künftig als Deserteure behandelt werden würden. Es haben aber noch keine 100 Mann d'Annunzio verlassen. Die Presse, die im allgemeinen d'Annunzio nicht feindlich gesinnt ist, wünscht den baldigen Abschluß des Zwischenfalles, da er, wie „Corriere della Sera" bemerkt, eine unhaltbare innen- und außenpolitische Lage geschaffen habe.

Judenmassakers.

Wien, 19. September.

Die Blätter melden aus Steinamanger: Am 9. und 10. fand es in Tepolcze und Disgel zu Ausschreitungen gegen die Juden. In Tepolcze wurden 8 Personen getötet und 30 schwer verwundet, 80 Geschäfte wurden ausgeplündert. Der amtlich festgestellte Schaden beläuft sich auf mehrere Millionen Kronen. In Disgel wurden sämtliche Juden ermordet, auch zwei Lehrer, die für Juden gehalten wurden. Es folgten organisierte Plünderungen. Das zur Aufrechterhaltung der Ordnung befohlene Militär nahm an den Ausschreitungen teil. Bisher sind 92 Personen verhaftet worden, darunter die beiden Kommandanten der dortigen Detachements. Die jüdische Bevölkerung wurde auf das grausamste niedergemacht und ein 14jähriges Mädchen vergewaltigt. Zwei Mädchen stürzten sich, um der Schändung zu entgehen, in den Brunnen.

Gerichtssaal

Der falsche Lettow-Vorbeck.

Eine Gaunerkomödie, welche wieder einmal zeigt, daß selbst alte bekannte Firmen auf ein Stückchen Papier, eine Visitenkarte mit einem adligen Namen, und einen wertlosen Scheck hereinfallen, beschäftigte gestern die Strafkammer des Landgerichts I. Wegen vollendeten und versuchten Betruges in 12 Fällen in Verbindung mit schwerer Urkundenfälschung war der angebliche Kaufmann Siegismund von Jaruntowski angeklagt, während sich die Kaufleute Theodor Hirsch und Sahlberg wegen Hehlerei zu verantworten hatten.

Der Angeklagte von Jaruntowski hat ein sehr abenteuerliche Vergangenheit hinter sich. Er ist wegen Betiels, Landstreichens, Betruges, Diebstahls schon mit insgesamt etwa zehn Jahren Gefängnis und Zuchthaus vorbestraft. Da er die Fähigkeit besitzt, elegant und gewandt aufzutreten, machte er es möglich, direkt aus dem Zuchthause kommend, eine Stellung als Geschäftsführer im Tonemann-Palast und später im Union-Theater Kollendorfplatz zu erlangen, die er aber verlor, als zufällig seine Vorstrafen bekannt wurden. — Am 4. September erschien ein elegant gekleideter, monokelbehafteter Herr bei der Firma Gerson, bestellte zwei Perserteppiche für 8000 ℳ, überreichte seine Visitenkarte, nach Sicher er der Siegmundshof wohnhafte „Regierungsrat Dr. von Günther" sei und bat, die Teppiche mit quittierter Rechnung nach seiner Wohnung zu senden. Eine halbe Stunde später erschien derselbe Herr bei der Firma Jarosl und bestellte zwei Teppiche für 6070 Mark. Als die Boten der beiden Firmen mit den Teppichen erschienen, erhielten sie einen Scheck als Bezahlung. Da es Sonnabend nachmittag war, konnten die Firmen den Scheck erst am Montag zur Einlösung vorlegen. Es stellte sich heraus, daß ein Konto „Dr. von Günther" garnicht existierte. Die Ermittelungen ergaben, daß der Schwindler die leerstehende Wohnung am Siegmundshof für seine Zwecke mißbraucht hatte. In der Rolle eines „Freiherr von Stumm", Bendlerstraße 37, prellte der Angeklagte, denn dieser war der Schwindler, die Firma Rudolf Herzog um drei Teppiche zum Preise von 15565 ℳ, die er in die leerstehende Wohnung des Fürsten Lichnowski bringen ließ. Mehrere andere Firmen, bei denen der Angeklagte als „Regierungsrat von Thiedemann", Moltkestraße 1, auftrat, wurden um Beträge von 18000 ℳ, 15000 ℳ, 31000 ℳ geschädigt. Seinen Hauptbetrug vollführte von Jaruntowski jedoch in der Rolle des „Rittergutsbesitzers Joachim von Lettow-Vorbeck auf Schloß Tannen, Kreis Glogau". Als solcher erzählte er, daß er seinem Onkel, dem General von Lettow-Vorbeck, der „am Montag eintreffe", am Kurfürstendamm 183 noch schnell eine Wohnung einrichten wolle. Der Kunstsalon Gerstel wurde einen Aschenbach, „Hotel Bayain" für 9000 Mark, Schulte, Unter den Linden, einen Liebermann „Der Morschelsucher" für 32000 ℳ, die Firma Pfaff Möbel usw. für 38000 ℳ los. Schließlich trat der ehemalige Zuchthäusler, dessen einzige Requisiten das Monokel und die Visitenkarten mit fürnehmen Namen waren, auch als „Kommerzienrat August Neumeier, Tiergartenstraße 2", auf. Ein Teil der von dem Angeklagten erbeuteten Möbel und die Bilder wanderten zu den Mitangeklagten Hirsch und Sahlberg und wurden später bei diesen beschlagnahmt.

Staatsanwaltschaftsrat Dr. Stelzner beantragte gegen von Jaruntowski 10 Jahre Zuchthaus, gegen Hirsch und Sahlberg 6 bezw. 9 Monate Gefängnis. Das Gericht erkannte gegen v. J. auf 5 Jahre Zuchthaus, 10 Jahre Ehrverlust und Stellung unter Polizeiaufsicht, gegen Hirsch auf 6 Monate und gegen Sahlberg auf 9 Monate Gefängnis.

Sport

Der Sport des Sonntags.

Grunewald wartet wieder mit einer Reihe wertvoller Entscheidungen auf. An der Spitze steht das Deutsche Saint Leger von 50000 Mk., die letzte klassische Dreijährigenprüfung. Nur sechs Pferde sind am Start des 2800-Meter-Rennens zu erwarten, unter denen aber eine Wahl nicht leicht fällt. Mit den besten Aussichten geht der seit längerer Zeit aufgesparte Erstein an den Ablauf, doch wird der Hengst sein leichtes Spiel mit dem jetzt erst in voller Form befindlichen Lunichtgut haben. Der von Jockei Kaiser gesteuerte Derbysieger Gibraltar und Mexowinger II kommen in zweiter Linie in Betracht. — Im Kinzsim-Rennen von 40000 Mk., das über 3200 Meter führt, steht der ausgezeichnete Traum vor der schweren Aufgabe, an Valeffro 18 Pfund wegzugehen. Marmor, Harlelin, Grodno, Lorbeer und Indus verwöhnlichen das Programm. Von den beiden aus dem Frankfurter Programm übernommenen Rennen wartet es im Galdental einen spannenden Kampf zwischen Rosenritter, Einhart und Hallunke geben. Den Oktoberpreis für Zweijährige sollte Trumpf gegen Endegut gewinnen. In den übrigen Rennen, von denen drei über Hindernisse führen, sind Grenze, Eibers Gloria, Merlin und Mörser zu beachten. Die Rennen zu Bremen bringen als Hauptnummer den Hansa-Ausgleich, in dem Taunus als Sieger vor Savanyu zu erwarten ist. Bei den Leipziger Hindernisrennen empfiehlt sich für das stark besetzte Lipsia-Jagdrennen Villao vor den Dresdener Siegern Elbam. In Hamburg-Farmsen und Münden-Daglfing nehmen die Trabrennen ihren Fortgang. — In Wien wird das Oesterreichische Derby gelaufen. Als Sieger erwartet man Fürst Festetics Pajman vor Brigen und Angelus.

— Die neuen Karlsbrifter Herbstrennbahnen wurden auf den 16., 23., 27., 30. Oktober und 8. November angesetzt und sollen noch eine Reihe wertvoller Entscheidungen bringen. — Die von anderer Seite gebrachte Meldung, daß auch zwei neue Trabrenntage für Berlin-Mariendorf bewilligt seien, entspricht nicht den Tatsachen. Vielmehr ist den beteiligten Trabrennvereinen im Ministerium eine kompromißlose Berücksichtigung ihrer Wünsche zugesichert worden und man rechnet daher bei der noch ausstehenden Entscheidung auf eine größere Anzahl von Renntagen.

Allgemeine Wetteraussichten für das mittlere Norddeutschland bis Sonntag mittag.

Größtenteils bewölkt, mit weit verbreiteten, im Westen vielfach starken, örtlich der Oder schwächeren Regenfällen und ziemlich lebhaften südwestlichen Winden. Ostwärts fortschreitende Abkühlung.

(Hierzu eine Beilage.)

Verantwortlicher Leiter: für den Handelsteil Dr. Hugo Preßich, Berlin-Niederschönhausen; für den politischen Teil: Dr. Werner Paul Steinhoen, Schöneberg; Anzeigen: Dr. Richard Ahlert, Schöneberg; für Kunst, Wissenschaft und den übrigen redaktionellen Teil: Franz Kühren, Berlin-Tempelhof. Für den Inseratenteil verantwortlich: Heinrich Ringlein-Berlin, Charlottenburg.

Verlag und Druck: Berliner Börsen-Zeitung Druckerei und Verlag Ges. m. b. H., Berlin W. 8, Kronenstraße 37.

Wir zahlen gute Preise für **Marken u. Sammlungen** Philipp Kosack & Co., Burgstr. 13.

7. Auktion deutscher Pferde
Dienstag, Mittwoch, **23. 24. Septbr. 10 Uhr**
Lattersall, Lützowstr. 22.
Vorbesichtigung:
Montag, den 22. September, nachmittags 3 Uhr.
Reichsverband für Zucht und Prüfung deutschen Halbblutes.
Berlin W. 56, Hankestr. 26.

Berliner Bankgeschäft
sucht zum sofortigen Eintritt
jüngeren Buchhalter.
Bewerbungen mit Zeugnisabschriften und Gehaltsansprüchen erbeten unter L. 940 an die Geschäftsstelle d. Bl. (20645)

Was ist die
„Technische Nothilfe"?
Etwas anderes als sozialer Arbeitsschutz?
Nein!
(20646)

Winter-Garten.
Täglich 7½ Uhr: Varieté-Spielplan
Rauchen gestattet.

Reichshallen-Theater.
7½ Uhr u. Sonntag nachmittag 3 Uhr
Stettiner Sänger
Nachm. halbe Preise.

Reichshallen-Saal: „Dönhoff-Brettl"
Anfang 7½ Uhr.
Sonntags 5 Uhr.
Neues Programm!

APOLLO
Friedrichstr. 218.
Dir. James Klein.
Täglich 7½ Uhr, Sonntags 3½ und 7½.
12 Sensationen
Varieté-Programm.

Kurfürst
12 Kurfürstendamm 12
Speise-Weinhaus I. R.
Heitere Kunst:
!! Sensationell !!
II Einzigartig!!
„Dr. Allos"
Das große neue Programm!
Willi Karzin

Admirals-Palast
Internationale Boxwettkämpfe
in allen Gewichtsklassen um die
Meisterschaften von Deutschland
Anfang 8 Uhr.

Familiennachrichten.

Verlobt:
Frl. Frieda Bromberger mit Hrn. Moritz Londowski (Breslau-Berlin). Frl. Hertha Hehmann mit Hrn. Louis Harf (Scheidemühl-Hannover). Frl. Henny Eschwege mit Hrn. Hans Steinfeld (Fulda-Köln a. Rh.). Frl. Herta Adler mit Hrn. Gerichtsassessor Dr. Dittmar Wiesner (Leobschütz, z. Zt. Glatz). Frl. Margot Croon mit Hrn. Alfred Schauer (Bernburg, Anh.). Frl. Else Löb mit Hrn. Simon Krako (Düsseldorf-M.-Gladbach). Frl. Charlotte Pid mit Hrn. Max Leyser (Berlin). Frl. Therese Straßburger mit Hrn. Rechtsanwalt Dr. Lud. Stern (Mannheim-Posen). Frl. Hedwig Paul mit Hrn. Eugen Dittmann (Kolberg-Wollin).

Verehelicht:
Hr. Max Lublinski mit Frl. Margarete Levy (Schlippenbeil). Hr. Wilhelm Schreiber mit Frl. Margarete Lubisch (Neukölln). Hr. Dr. Fritz Heine mit Frl. Dorothee Linke (Berlin-Schmargendorf). Hr. Dr. med. Julius mit Frl. Ide Fliegel (Berlin).

Geboren:
Ein Sohn: Hrn. Jacques Cohn (Berlin). Hrn. Heinz Pintus (Friedenau a. Oft-bahn). Hrn. Ernst Dammbaum (Berlin). — Eine Tochter: Hrn. Richard Rothmann (Breslau). Hrn. Artur Goldschmidt (Leipzig). Hrn. Paul Mittelbach (Berlin).

Gestorben:
Hr. Alfred Goldhammer (Berlin-Reinickendorf-Ost). Hr. Kommerzienrat Nicolaus Eich (Berlin). Hr. Siegfried Korach (Berlin). Hr. Rechtsanwalt Dr. Emil Jacoby (Berlin). Hr. J. Schinder (Berlin). Hr. Ernst Berger (Berlin-Charlottenburg). Hr. Emanuel Marx (Essen). Hr. Leopold Benscher (Zielenzig).

Kunst und Wissenschaft

Von den Hamburger Theatern

wird uns geschrieben:

Die neue Spielzeit brachte als merkenswertes Ereignis in den Kammerspielen Ziegels eine eindrucksvolle Inszenierung von Strindbergs „Traumspiel". Das Spuk- und Sprunghafte des Traumes wird mit Hilfe von Schröders kraus-phantastischen Malereien nach Möglichkeit betont durch einfaches Neben- und Nacheinander unter sparsamster Schonung von Prospekten und Maschinen, unter Einführung wesentlicherer, doch ganz primitiver Licht- und Schattenspielwirkungen, durch Tondämpfungen und gelegentlich durch Uebertragung E. T. A. Hoffmannischen Spukgeistes ins Physiognomische.

Die farbenreiche, im Tempo lebhafte Aufführung von Tolstois „Lebendem Leichnam" unter Stahls Regie im Thalia-Theater, mit der man nur in Einzelheiten, nicht im großen und ganzen einverstanden sein kann, konnte nicht vollendet sein. Leudesdorff ist für Helden wild getriebener Passivität wohl der rechte Mann, bleibt aber im Liebenswerten, Anziehenden farblos, ist darum nicht der Fedja, den wir uns denken. Die übrigen Darsteller sind ihm nicht im entferntesten gleichwertig. Und die Stimmung ist weder im Szenischen noch im Schauspielerischen irgendwie russisch.

Dr. Loewenfeld, der Hamburger Stadttheaterdirektor, hat sich in einer völligen Neueinrichtung des „Fidelio" wieder als ein zu großer Farbigkeit neigender Inszenierungskünstler gezeigt. Er hat nicht den Versuchen zu stilisieren widerstehen können. Seine dekorativen Sonderbestrebungen ließen ihn vor äußerlicher Theatralik nicht zurückschrecken. Aber im großen Ganzen schuf er doch ein schönes Gesamtgemälde, schuf er es, aus der Seele der Musik immer die Szene entwickelnd, mit feinem Verständnis und richtigem Einfühlen in den Geist Beethovenischer Kunst. Der Gedanke, vor der großen Arie der Leonore durch Schleifung eines Vorhanges den Raum zu verkleinern, um alles auf die Musik zu konzentrieren, erweist sich nicht als empfehlenswert, weil er in der Wirkung stört und den dramatischen Faden zerreißt. Pollak als Fidelio-Dirigent stand aufragender Höhe durch die Echtheit und Einfachheit seines Ausdrucks, durch die gesunde Kraft seiner musikalischen Natur und durch das völlige Aufgehen in den Geist des Dramas.

Das Altonaer Stadttheater hat Shakespeares „Cymbelin" aus seinem Dornröschenschlaf erweckt. Es ist der ewige Bezirk des „Es war einmal", die raumzeitlich unbestimmbare Märchenatmosphäre des Shakespeareschen Phantasiedramas, der romantische Geist der mittelalterlichen Sagenrichtung. Dr. Lutz Kraus hat in seiner Bühnenrichtung den zahlreichen Szenenwechsel vermindert, den Aufbau und Inhalt des Stückes zwar hier und da Gewalt angetan, aber andererseits durch einige wohlüberlegte Striche dem sehr umfangreichen Werke gefestigte Prägnanz gegeben. Mit den Szenischen kann man sich im allgemeinen zufriedengeben. Das fatale Vorbeidirigieren einzelner Rollen mußte jedoch jedem Shakespeare-Verehrer in die Glieder fahren. Immerhin versöhnte die Reihe tüchtiger schauspielerischer Leistungen mit den schwächeren und völlig unzulänglichen. Trotz der vierstündigen Aufführung blieb das Publikum unermüdet, überrascht und gerüttelt, angegruselt und erschüttert, und ließ diese unglaublich Shakespeare-Gabe mit dem Reize der Neuheit auf sich wirken.

P. W.

Saisonbeginn in Breslau.

Breslau, 17. September.

Die Winterspielzeit hat diesmal ohne einen besonders vernehmbaren Akkord eingesetzt. Möglich, daß der in die zweite Septemberhälfte verrutschte Sommer daran die Schuld trägt, möglich auch, daß die Direktionen noch nicht recht mit ihren Vorbereitungen zu Rande waren, kurz, es gab bisher nur Vorpostengefechte von geringem Belang.

Die Oper leitete zwar durch die Eröffnung mit den „Meistersingern" mit anerkennenswerter Schnelligkeit gleich einen fälligen Wechsel ein, aber die Tücke klimatischen Wechsels forderte in den Reihen der Künstlerschaft schon so viele Opfer, daß diese Eröffnungsvorstellung unter keinem besonders glücklichen Stern stand und der Repertoirewechsel bisher das einzig Beständige im Spielplan unserer Opernbühne ist.

Die Schauspielbühnen gingen, seitdem ihr Direktor Gorter stolz auf die städtische Subvention verzichtet hat, von der guten Tradition, mit einem Klassiker zu eröffnen, ab und gaben Wedekind mit der „Büchse der Pandora" zuerst das Wort. Den so oft geschmähten Breslauern ist nachzurühmen, daß sie dem tiefen sittlichen Ethos des Werkes trotz aller seiner mißverständlichen Sensationen voll gerecht wurden und keine der Aufführungen durch theaterskandalöse Begleiterscheinungen störten. Über die erste Novität der Lobe-Bühne, Kadelburgs neues Lustspiel „Der ehemalige Leutnant" ist aus Anlaß seiner Uraufführung in diesen Spalten bereits berichtet worden.

Im Thaliatheater schloß die Direktion Gorter durch die Aufführung von Henry Bernsteins „Dieb" mit der französischen Boulevardliteratur einen etwas raschen Verständigungsfrieden.

Unsere Operettenbühne, das Schauspielhaus, hatte mit der neuesten Variante des Förstechrystel-Klischees kein sonderliches Glück. Dieser „Jungfer Sonnenschein" wird das Rampenlicht des Schauspielhauses nicht allzu lange beschieden sein. Ein in diesem Hause bemerkenswertes Ereignis war das Wiederauftreten der sehr beliebten ersten Soubrette Edith Karin, die von sehr schwerer Krankheit glücklich wieder genesen ist, und sich im Rollbesitz ihrer geistsprühenden stimmlichen Mittel befindet. Die seit Jahren im Schauspielhause der Lösung harrende Tenorfrage ist durch das Doppelengagement der Berliner Tenoristen Kurt Schönert und Hans Horsten zur Befriedigung beigelegt.

F. E. B.

— Dietzenschmidts „Kleine Stadtin", das hier bereits eingehend gewürdigte, vom literarischen Experiment jetzt freilich zum pikanten Aufklärungsfilm herabgesunkene Zugstück des Rose-Theaters, erlebte durch eine leider nicht ganz vollkommene Neubesetzung eine kleine Auffrischung. Hans Heinrich von Twardowski, ein im Gegensatz zu seinem komödiantischen Vorgänger Paul Rose glaubwürdig idealistischer Matthias, wäre in der edel beherrschten, nur leis nachzitternden Glut seines demütig stillverzweifelten Spiels ein kongenialer Gegenspieler der Ortoff gewesen. So stand er leider abseits vom grob und spekulativ ordinären Spiel der andern. Sabina Fischer, die es freilich nicht leicht hat, sich nach der Ortoff noch zu behaupten, spielte, erkünstelte das Kind Lili — ihrer rührenden Vorgängerin manche Aeußerlichkeit dabei abguckend, — aber war es nicht. Schon die vollbusige Gestalt und die dunkle Färbung ihres Organs ist da doch zu illusionstörend und wesentlicher fast noch als ihr nüancenloses, unergreifendes Spiel. Die Verführungsszene mißlang gänzlich. Der Verführer, Adolf Calvor, steif, lieblos in Mimik und Sprache, spielte völlig vorbei an seiner Partnerin, fand keinen Kontakt und zerhackte den feinen Klangrhythmus, die zarte Lyrik der Dichterworte. Seine umgeschlachte Art setzte aber auch keine jener poesievollen Regiebemerkungen des Dichters in Spiel um (wie sein taktvoller Vorgänger Heinz Goldberg), seine Worte „leuchten" nicht „vor ihm auf", die Stimme „tanzt" nicht. Neben dem vornehm durchdacht und durchfühlten Spiel Twardowskis sind seit der Erstaufführung im Mai die Kinderszenen besser, starkheitgelöster, freier geworden.

gk.

— Noch ein neues Werk von Richard Strauß. Richard Strauß hat eine Musik zu Calderons „Das große Weltthea ter", das von Hugo von Hofmannsthal übersetzt und bearbeitet wurde, komponiert. Die Uraufführung findet bei den Festspielen statt, die im kommenden Jahre in Salzburg veranstaltet werden.

— Walter Hasenclevers Komödie „Die Entscheidung", die heute als Eröffnungsvorstellung der „Tribüne" zur Uraufführung gelangt, erscheint im Verlage von Paul Cassirer, Berlin.

— Hilda Wegner, deren Anton Wildgans-Abend in der Morgen-Ausgabe vom letzten Dienstag hier mit großer Anerkennung gewürdigt wurde, macht und darauf aufmerksam, daß sie nicht, wie in der Besprechung angenommen, mit der Schauspielerin gleichen Namens identisch ist, die in Zwickau usw. tätig war und an einer Operettentournee nach Argentinien teilnahm. Wie sie uns mitteilt, war sie nur kurze Zeit, ungefähr vier Jahre, als ganz junges Mädchen bei der Bühne.

— Aus den Theaterbureaus. Im Opernhause beginnt 7 Uhr „Fidelio" mit Frau Melanie Kurt als Leonore a. G. In den übrigen Partien sind beschäftigt Frl. Sax und die Herren Kirchner, Armster van de Sande, Stock, Henke und Habich. Dirigent: Blech.

Im Schauspielhause beginnt 7 Uhr „Coriolan" mit den Damen Suffin, Neff, Schön und den Herren Sommerstorff, Mühlhofer, Krausneck, Pohl, Lessler und von Ledebur. Spielleitung: Brück.

Im Schiller-Theater Charlottenburg findet am Freitag die Erstaufführung von Shakespeares Lustspiel „Viel Lärm um nichts" statt.

Das Eden-Theater in der Alten Jakobstr. 30 eröffnet seine Spielzeit am Freitag, 26. d. M., abends 7 Uhr mit der Revue „U. A. w. g." von Leo Leipziger und Alfred Berg. Musik von Viktor Holländer. Für das Ballet, das unter der Leitung des Balletmeisters Blanvalet steht, wurden als Solo-Tänzerinnen verpflichtet: Frl. Gertrud Gründing vom Walaß-Theater, Meisheim vom Stadt-Theater Stettin, Wanda Weiner, Lore Landau, Edy Smeraldina, Eva Aschinger, Eddy Kempner, Hochstedt und Eva Moritz, denen sich noch ein Ensemble junger Koryphäen anschließt.

— Felix von Weingartner kann wegen der durch Kohlennot hervorgerufenen großen Verkehrsschwierigkeiten in Österreich seinen Vorlesungen in Berlin für die drei ersten seiner Konzerte nicht nachkommen. Statt dessen findet das erste Konzert (Brahms-Abend), Solist: Backhaus, am 21./22. September unter Leitung Dr. Max von Schillings statt. Für das zweite Konzert am 28./29. September ist Prof. Hans Pfitzner, für das dritte am 5./6. Oktober Dr. Karl Muck, der gerade aus Amerika zurückgekehrt ist, gewonnen worden.

Gross-Berlin

Deutscher Städtetag und Reichssteuerreform.

Der Vorstand des Deutschen Städtetages beschäftigte sich in seiner letzten Sitzung unter anderem mit dem geplanten Landesbesteuerungsgesetz und der Reichseinkommensteuer. Die Bestrebungen waren von dem Wunsche getragen, einerseits der zurzeit vornehmsten Aufgabe, den ungeheuren Steuerbedarf des Reichs zu befriedigen, voll Rechnung zu tragen, andererseits der durch die geplante Steuergesetzgebung herauftbeschworenen Gefahr einer völligen Erschütterung der Gemeindefinanzen und Erlähmung der gemeindlichen Selbstverwaltung nach Möglichkeit vorzubeugen. Der Erreichung dieses doppelten Zieles kann es nicht dienen, wenn, wie regierungsseitig vorgeschlagen wurde, den Gemeinden eine Anzahl der ihnen zeit obwaltenden Aufgaben abgenommen und auf das Reich übertragen wird. Wünschenswert aber sei, daß die Gemeinden von ihren außerordentlichen Ausgaben der Kriegs- und Übergangszeit durch das Reich nachträglich entlastet werden und daß das Letztere sich an der Speisung gewisser staatlicher Zuschußfonds beteilige, die zur Entlastung von Gemeinden bestimmt seien. Die Hauptsache jedoch sei, daß den Gemeinden vom Reich ertragsreiche Steuern belassen werden, in erster Linie die sogen. Ertragssteuern (von Grund und Boden, Gebäuden, Gewerbe usw.) sowie gewisse Verkehrssteuern (Wertzuwachs-, Vergnügungssteuer usw.) und daß die Gemeinden ebenso wie die Gliedstaaten an dem Ertrage gewisser großer Reichssteuern ausreichend beteiligt werden. Die Zahl dieser letztgenannten gemeinsamen Steuern sei aus praktischen Gründen möglichst zu beschränken und zwar auf die Gundverwerbs-, Umsatz- und Einkommensteuer sowie die die letztere ergänzende Vermögens- und Nachlaßsteuer. Der Verteilungsmaßstab für diese Steuern müsse gesetzlich festgelegt werden. Bei der Verteilung insbesondere des Ertrages der Einkommensteuer sei zu berücksichtigen, daß durch sie die Gemeinden bisher 65 % des steuerpflichtigen Einkommens aller Steuerzahler belastet haben und daß dies in den einzelnen Gemeinden in außerordentlich verschiedener Höhe geschehen sei. Demgemäß müsse der Anteil der Gemeinden in dem Ertrage dieser Steuer auch künftig ein hoher sein und er müsse unbedingt beweglich gestaltet werden; es müsse daher neben der Zuweisung eines Bruchteils vom Ertrage bezüglich dieser Steuer den Gemeinden auch eine, wenn schon beschränkte, Zuschlagsautonomie eingeräumt werden.

— Die neuen Anstellungsverhältnisse der Groß-Berliner Reichs- und Staatsarbeiter. Für die Gestaltung des Dienstverhältnisses der bei den Reichs- und Staatsbehörden Groß-Berlins beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen hat die preußische Staatsregierung Richtlinien aufgestellt. Danach beträgt das Höchstmaß der täglichen Arbeitszeit im allgemeinen acht Stunden. Während der Arbeit sind angemessene Pausen zu gewähren, die als Arbeitszeit gerechnet werden. Den einzelnen Behörden bleibt es überlassen, zusammenhängende Arbeitszeit und Wechselschichten einzuführen. Die wöchentliche Arbeitszeit darf in keinem Falle, auch nicht im Schichtwechsel, 48 Stunden überschreiten. Essenpausen sind, soweit erforderlich, zwischen der Beschäftigungsbehörde und dem Arbeiterausschuß festzusetzen. Für Ueberstunden über die regelmäßige Arbeitszeit hinaus wird außer dem festgesetzten Stundenlohn einschließlich Teuerungszulagen in der Zeit von 6 Uhr früh bis 10 Uhr abends ein Zuschlag von 20 pCt., von 10 Uhr abends bis 6 Uhr früh sowie für überplanmäßige Sonntags- und Feiertagsarbeit ein Zuschlag von 40 pCt. gezahlt. Für die nicht auf den Sonntag fallenden gesetzlich oder behördlich angeordneten Feiertage ist der Lohn auch dann zu zahlen, wenn nicht gearbeitet wird. Den Arbeitern soll, soweit es die dienstlichen Verhältnisse gestatten, ebenso wie den gleichbeschäftigten Unterbeamten nach einjähriger Dienstzeit unter Fortzahlung des Lohns Urlaub gewährt werden, der mindestens 6 Werktage, nach 5 Dienstjahren 9 und nach 10 Dienstjahren 12 Werktage beträgt, nach jedem weiteren Dienstjahr 1 Tag mehr bis zu höchstens 18 Werktagen. Das Arbeitsverhältnis kann während der ersten vier Wochen beiderseits ohne Einhaltung einer Kündigungsfrist gelöst werden. Von da ab ist die Kündigungsfrist vierzehntägig.

— Umleitung von Straßenbahnlinien. Aus Anlaß des Baues der Untergrundbahn in der Dresdener Straße werden die Wagen der Linien 5, 11, 27 und 82 bis auf weiteres zwischen Oranienplatz und Dresdener Straße Ecke Prinzenstraße vom 22. d. M. ab in beiden Richtungen über Oranienstraße, Moritzplatz, Prinzenstraße umgeleitet.

— Aufdeckung einer großen Schiebung mit Heereszigarren. Dank der Aufmerksamkeit und Mithilfe der Bevölkerung ist es der Tempelhofer Kriminalpolizei gelungen, eine umfangreiche Schiebung mit Heereszigarren aufzudecken und die zunächst Beteiligten festzunehmen. Auf dem Güterbahnhof Tempelhof traf eine große Sendung von Zigarren als Heeresgut auf Grund von Lieferungsscheinen ein, deren Fälschung nachträglich festgestellt wurde. Der mit der Abfuhr betraute Chauffeur, der in die Schiebung nicht eingeweiht war, versuchte auf dem abgelegenen Reinickendorfplatz einen Teil der Sendung auf ein zweites, von der Straße weg gedungenes Auto zu verladen und wurde dabei von einem Gastwirt beobachtet, der sofort der Kriminalpolizei Mitteilung machte. Die zunächst beteiligten Schieber verfolgten den Abtransportort der Zigarrenkisten aus einiger Entfernung. Den Polizeibeamten gelang ihre Festnahme. Es handelt sich dabei um einen wohnungslosen Kaufmann H., einen Kommissionär K., einen Einkäufer des Reichswirtschaftsamts, den in Steglitz wohnhaften Hauptmann E. und dessen Freundin, die im Westen wohnende Gattin eines verschollenen Oberleutnants D. Die Festgenommenen wurden am anderen Morgen nach ihrer Vernehmung entlassen. Die Zigarrensendung, die einen Wert von etwa 250 000 Mk. hatte, wurde beschlagnahmt. Es besteht der dringende Verdacht, daß an der Fälschung der Lieferscheine und an der ganzen Schiebung eine Reihe von Proviantamts- und Heeresbeamten beteiligt ist. Die weitere Verfolgung der Angelegenheit, die noch weitere Kreise ziehen dürfte, ist der Staatsanwaltschaft übergeben worden.

— Bei einem räuberischen Ueberfall im Tiergarten schwer verletzt wurde in der Nacht zu gestern ein Lehrer B. aus Charlottenburg. B. hatte in einem Bureau in der Mauerstraße mit mehreren Herren eine Sitzung bis 8 Uhr nachts und mußte den Heimweg zu Fuß antreten. Etwa 200 m vom Kleinen Stern entfernt, bemerkte er in der Dunkelheit einen Mann in Soldaten-Uniform, der ihn zu folgen. Dicht bei ihm angelangt, schoß dieser dreimal auf ihn. Von zwei Kugeln an der Brust leicht und in das Bein schwer getroffen, brach der Lehrer zusammen. Auf seine Hilferufe lief der Schütze davon, während vom Kleinen Stern her ein anderer Soldat dem Getroffenen zu Hilfe kam. Dieser sorgte dafür, daß der Verletzte nach dem Krankenhaus auf Westend gebracht wurde. Hier konnte B. gestern vom Kriminalkommissar Voese vernommen werden. Er kann den Uebeltäter nicht näher beschreiben. Wahrscheinlich hatte er den Lehrer ermorden und berauben wollen. Es kann sich aber auch um einen Geisteskranken handeln, der aus Haß auf bessergekleidete Menschen schießt. Der Soldat, der dem Verletzten zu Hilfe kam, glaubt nach dem Verbrecherattaum in dem Attentäter einen Menschen zu erkennen, der wegen Räubereien schon öfter bestraft, aber seit dem Jahre 1917 in Berlin nicht mehr gemeldet ist. Auf die Ergreifung des Revolverhelden hat das Polizeipräsidium eine Belohnung von 1000 Mk. ausgesetzt.

BANCO HISPANO-AUSTRO-HUNGARO S. A.
(Spanisch-österreichisch-ungarische Bank A.-G.)
Zentrale: MADRID, Gran Via 24
Filiale: BARCELONA, Caspe 12
Telegramm-Adresse: HISTROGARO
Durchführung aller bankgeschäftlichen Transaktionen.
Korrespondenten:
Wiener Bank-Verein, Wien,
und dessen sämtliche Zweigniederlassungen.
Pester Ungarische Commerzialbank Budapest,
und deren sämtliche Zweigniederlassungen.
Dresdner Bank, Berlin,
und deren sämtliche Zweigniederlassungen.
Nationalbank für Deutschland, Berlin.
(20444-50)n

Prokurist einer Großbank
Ende 30, Christ, mit reichen kaufmännischen Erfahrungen,
sucht geeignete Position
In Bank, Industrie oder Handel.
Gefl. Anerbieten u. O. C. 1192 an Haasenstein & Vogler A.-G., Breslau. (20648)

Familien-Nachrichten.

Heute verschied in Düsseldorf nach kurzer Krankheit der Generaldirektor unserer Gesellschaft

Herr Kommerzienrat

Nikolaus Eich

im Alter von 53 Jahren.

Der Entschlafene gehörte mit einer ganz kurzen Unterbrechung unserer Gesellschaft seit ihrer Begründung an, in ihre Leitung wurde er dank seiner hervorragenden Befähigung bereits im Jahre 1900 berufen.

Ernst und unermüdlich in der Arbeit, sicher im Urteil, wägend und wagend hat er mit seltenem Weitblick und schöpferischer Kraft unser Unternehmen auf die Höhe geführt, die es heute einnimmt. Aufsichtsrat und Vorstand waren ihm, in dem sich kaufmännische Tüchtigkeit mit einem lauteren Charakter und einer gewinnenden Persönlichkeit vereinigten, in Anerkennung und Verehrung zugetan. Mit ihm scheidet aus unserem Kreise nicht nur der geniale Führer unseres Unternehmens, dessen Geschichte zugleich auch die seines eigenen Wirkens ist, sondern auch ein treuer und zuverlässiger Freund, der unseren Herzen unvergessen bleiben wird.

Berlin-Düsseldorf, den 16. September 1919.

Der Aufsichtsrat und Vorstand
der
Mannesmannröhren-Werke.

Wir trauern um den Verlust des stellvertretenden Vorsitzenden und Delegierten unseres Aufsichtsrates, des

Herrn Kommerzienrat

Nikolaus Eich,

der in Düsseldorf am 16. September 1919 verschieden ist. Sein Tod bedeutet für unser Unternehmen, zumal in heutiger Zeit, einen schweren Schicksalsschlag, da uns der weitschauende Führer und zielsichere Leiter genommen wird. Die Gründung unserer Gesellschaft durch Zusammenschluß der Werke Komotau und Schönbrunn im Jahre 1908 war sein Werk, ebenso wie die weitere Entwickelung unseres Unternehmens an erster Stelle seinem bewährten Rat und seiner reichen Erfahrung zuzuschreiben ist. Die geschäftliche Tatkraft, das starke Pflichtgefühl und besonders der aufrichtige und liebenswürdige Charakter machten den allzu früh Dahingegangenen zu unserem hochgeschätzten Freund, den wir aufs schwerste entbehren werden.

Wir werden dem Verstorbenen eine ehrenvolle Erinnerung immer bewahren.

Wien, Berlin, den 16. September 1919.

Der Aufsichtsrat und der Vorstand
der
Oesterreichischen Mannesmannröhren-Werke Ges. m. b. H. Wien, Komotau und Schönbrunn.

Nachruf.

Trauernd stehen wir an der Bahre des Generaldirektors und obersten Leiters unserer Gesellschaft, des

Herrn Kommerzienrat

Nikolaus Eich,

der nach schwerem Krankseln uns durch den Tod genommen wurde. Sein Heimgang bedeutet für uns alle einen herben Verlust, verlieren wir in ihm doch einen Führer und Vorgesetzten von seltenen Vorzügen an Geist und Charakter. Sein unermüdlicher Fleiß und seine geistige Regsamkeit waren seinen Mitarbeitern ein leuchtendes Vorbild, und wenn er auch, wie an sich selbst, an seine Untergebenen hohe Anforderungen stellte, so durfte ernsthaftes Wirken für unsere Gesellschaft bei ihm stets auf gerechte Würdigung rechnen. Gerechtigkeit in allem den Untergebenen gegenüber war sein erster Grundsatz, daneben erwies er sich aber jederzeit als hilfsbereiter Berater. Seine väterliche Fürsorge umfaßte einen jeden von uns, und wir blickten im Unglück stets vertrauensvoll auf ihn als den Helfer.

Wir werden des Entschlafenen allezeit in Ehren gedenken.

Düsseldorf, den 16. September 1919.

Die Beamten und Angestellten
der
Mannesmannröhren-Werke.

Handelsnachrichten

— **Kölner Devisenkurse.** An der Kölner Börse wurden gestern abend Pfundnoten mit 118 ℳ (115 ℳ), französische Noten mit 818 ℳ (320 ℳ), belgische Noten mit 320 ℳ (321 ℳ) und holländische Noten mit 1045 ℳ (1060 ℳ) bezahlt. — Von den ausländischen Börsen wird die Mark wieder schwächer gemeldet.

— **Für die sofortige Aufhebung der Goldzollzuschläge.** Der Hauptgeschäftsstelle der deutschen Volkspartei in Hamburg geht aus maßgebenden kaufmännischen Kreisen eine Zuschrift zu, der wir folgendes entnehmen: Nachdem mit Beginn dieser Woche der Goldzollzuschlag auf 355 % festgesetzt ist, nimmt die Angelegenheit der Goldzölle für Hamburg immer bedrohlichere Formen an. Der Rhein des hamburgischen Hafens ist unabwendbar, wenn die Reichsregierung sich nicht schleunigst zu der Einsicht durchringt, daß die unterschiedliche Zollbehandlung sofort beseitigt werden muß. Der hamburgische Handel ist lahmgelegt, nahezu 20 000 beschäftigungslose Handlungsgehilfen suchen in Hamburg Arbeit und Brot. Die in Hamburg eingeführten, dem Goldzoll unterworfenen Waren können nicht mehr abgefertigt werden, da sie unverkäuflich werden in Konkurrenz mit den aus den von der Entente besetzten Gebieten zu niedrigem Zollsatz eingeführten Gütern. Dem Reich entgehen diese Zolleinnahmen, welche die Entente für sich beanspruncht. Am Rhein verstopft sich der Eisenbahnverkehr infolge der enormen Warenansammlungen, die von dort ausgeführt werden, und es werden anscheinend nicht unerhebliche Mengen Waren aus den hamburgischen und bremischen Freihäfen mit der Bahn über den Rhein geschickt, um sodann zum Friedenszollsatz in das deutsche rechtsrheinische Zollinland eingeführt zu werden. Die Reichsregierung kann sich diesen Zuständen gegenüber nicht tatenlos verhalten. Wenn Verhandlungen mit der Entente nicht zum Ziele führen, so muß der Goldzoll sofort aufgehoben werden, da andernfalls Handel und Schifffahrt einer Katastrophe entgegengehen, während dem Reiche nicht einmal die von der Einführung der Goldzölle erwarteten Zollsinnahmen zufließen.

— **Zahlung der Zölle in Gold.** Das Aufgeld bei Zollzahlungen beträgt für die Woche vom 21. bis 27. September 475 %.

— **Keine Abstempelung der rumänischen Banknoten.** Nach vorliegenden Privatnachrichten wird das Gerücht über eine bevorstehende Abstempelung der Noten der rumänischen Nationalbank als falsch bezeichnet. Eine entsprechende Bekanntmachung soll bevorstehen.

— **Die englisch-finnischen Anleiheverhandlungen,** die, wie wir kürzlich berichtet haben, zu scheitern drohten, haben nunmehr doch zu einem Ergebnis geführt. (Vgl. den politischen Teil.)

— **Süddeutsche Eisenbahngesellschaft in Darmstadt.** Laut Bericht des Vorstandes für das am 31. März abgelaufene Geschäftsjahr 1918/19 ist der Verkehr im Berichtsjahre trotz der ungünstigen Verhältnisse bei den meisten der Bahnen weiter gestiegen. Die während des Jahres durchgeführten Tariferhöhungen erbrachten zwar Mehreinnahmen gegen das Vorjahr, die Betriebskosten stiegen jedoch gleichzeitig erheblicher, sowohl die persönlichen als auch die sachlichen. Die Zunahme der persönlichen Ausgaben ist im wesentlichen auf die den Beamten und Arbeitern gewährten hohen Teuerungszulagen, die Erhöhung der Löhne und die Personalvermehrung infolge Einführung des Achtstundentages zurückzuführen, während die Erhöhung der sachlichen Ausgaben durch die außerordentliche Preissteigerung aller Stoffe, besonders der Kohlen, bedingt wurde. Dabei darf nicht unberücksichtigt bleiben, daß höhere Aufwendungen für die notgedrungen im Kriege zurückgebliebene, unbedingt notwendige Instandsetzung der Bahnanlagen und Betriebsmittel gemacht sind. Die Instandsetzungsarbeiten sind inzwischen weit vorgeschritten. Die Erhöhungen der Ausgaben kommen erst im laufenden Geschäftsjahr 1919/20 zu ihrer vollen Wirkung. Sie sind derartig, daß die dazu erforderlichen Aufwendungen nur durch weitere Tariferhöhungen zu decken sind. Letztere wurden daher, wie bei allen deutschen Eisenbahnen und Straßenbahnen, im laufenden Jahre auch bei den Unternehmungen der Gesellschaft zur unabweisbaren Notwendigkeit. Der Betriebsüberschuß im letzten Geschäftsjahre bleibt bei diesen Umständen unter demjenigen des Vorjahres. Die Bautätigkeit blieb bei dem Mangel an Baustoffen auf die betriebsfähige Fertigstellung der von der Gesellschaft für die Stadt Essen betriebenen Teilstrecke Moltkeplatz — Kurfürstenplatz — Wasserturm der Essener Straßenbahn beschränkt. Diese Strecke wurde am 6. Oktober 1918 in Betrieb genommen. Die Betriebsüberschüsse sind auf 4 561 768 ℳ (I. V. 5 987 825 ℳ) zurückgegangen. Hierzu treten 118 162 ℳ (131 995 Mark) Zinsen und 421 ℳ (907 ℳ) Kursgewinn aus Wertpapieren sowie 76 400 ℳ (93 381 ℳ) Erträgnisse aus Beteiligungen. Demgegenüber erforderten: Einkommensteuern 211 680 ℳ (170 445 ℳ), allgemeine Gesellschaftskosten 88 738 ℳ (95 928 ℳ), Kriegslasten 484 574 ℳ (538 557 ℳ). Rücklagen in die besonderen Erneuerungs- und Reservefonds 592 126 ℳ (573 709 ℳ), Rücklagen zum Abschreibungskonto 750 000 ℳ (1 800 000 ℳ), Verzinsung der Schuldverschreibungen 739 490 ℳ (746 762 ℳ), Tilgung der Schuldverschreibungen 312 500 ℳ (wie i. Vorj.), Talonsteuer 47 112 ℳ (wie i. Vorj.) sowie konzessionsmäßige Abgaben 154 175 ℳ (220 818 ℳ). Der zuzüglich 108 511 ℳ (111 415 ℳ) Gewinnvortrag verbleibende Reingewinn von 1 578 868 ℳ (I. V. 1 879 236 ℳ) wird wie folgt verwendet: 5 % % (I. V. 6½ %) Dividende = 1 430 000 ℳ (1 690 000 ℳ), Tantiemen 54 536 ℳ (85 788 ℳ) und Vortrag auf neue Rechnung 94 332 ℳ (103 511 ℳ). In der Bilanz stehen die Bahnanlagen mit 47 091 356 ℳ (46 536 ℳ) zu Buch, Neu- und Erweiterungsbauten mit 1 014 151 ℳ (567 461 ℳ). Ferner betragen: Wertpapiere einschl. Bestände der Fonds 11 281 872 ℳ (10 783 765 ℳ), Beteiligung an anderen Unternehmungen 4 351 000 ℳ (4 895 135 ℳ), verschiedene Schuldner 1 664 312 ℳ (2 586 354 ℳ), Barbestände, Bankguthaben und angelegte Bestände 2 088 339 ℳ (1 663 656 ℳ) und andererseits Kreditoren 6 492 320 ℳ (4 369 138 ℳ).

— **Freien Grunder Eisenbahn A.-G., Frankfurt a. M.** Die Gesellschaft, deren Betrieb durch die A.-G. für Bahnbau und -Betrieb in Frankfurt a. M. geführt wird, beförderte 1918/19 67 835 (68 742) Personen und 339 680 (518 041) Tonnen Güter, der Güterverkehr ist also erheblich zurückgegangen. Die Betriebseinnahmen stiegen auf 389 585 ℳ (373 499 ℳ), die Betriebsausgaben auf 227 546 ℳ (209 758 ℳ), sodaß ein fast unveränderter Ueberschuß von 162 039 ℳ (163 741 Mark) verbleibt. Nach Abzug von Zinsen, Rücklagen und Steuern mit zusammen 50 983 ℳ (58 875 ℳ) beträgt der Reingewinn einschließlich 4275 ℳ Vortrag 106 000 ℳ (115 570 ℳ), woraus auf das Aktienkapital von 1,0 Mill. Mark 6 % Dividende (wie i. V.) verteilt und 4000 ℳ vorgetragen werden sollen. Die Gesellschaft schuldet an die Deutsche Eisenbahn-Ges. A.-G. 0,5 Mill. Mark (0,45 Mill. Mark), an sonstigen Kreditoren 0,04 Mill. Mark (0,05 Mill. Mark. Die Bahnanlage ist mit unverändert 2,21 Mill. Mark bewertet bei 98 964 ℳ (84 808 ℳ) Erneuerungsrücklage.

— **Oesterreichische Alpine Montangesellschaft.** In der Verwaltungsratssitzung wurde, wie uns in Ergänzung unserer bisherigen Mitteilungen aus Wien berichtet wird, mitgeteilt, daß die Regierung sich erst noch eine Aeußerung vorbehalte, ob sie nach dem Gesetze über die Errichtung gemeinwirtschaftlicher Anstalten die neuen Aktien beanspruchen werde. Die Produktion im zweiten Quartal hat große Rückgänge aufgewiesen, obschon gegen das erste Quartal eine leichte Besserung eingetreten ist. Die Faktorensumme zeigt per 30. Juni einen Ausfall von 11,4 Millionen, war aber infolge der Preiserhöhungen am 31. August schon mit 5,4 Millionen im Vorsprung. Die übliche Schätzung der Semesterergebnisse ist diesmal unterblieben, weil die Verwaltung über die Ergebnisse des Betriebes keinen Ueberblick hat. Infolge der fortgesetzt steigenden Gestehungskosten ist die Bankschuld wieder auf 45 Mill. Kronen angewachsen. Zu ihrer Tilgung wird, wie schon gemeldet, die Ausgabe von 50 000 neuen Aktien vorgeschlagen. Die Aussichten der Gesellschaft sind wegen der ganz ungenügenden Kokszufuhren sehr prekär. Der geringe Hochofen, der seit dem 27. August im Betrieb ist, wird in der nächsten Zeit wieder stillgelegt werden müssen.

— **Braunkohlen-Industrie-A.-G. Zukunft in Weißwasser.** Nach dem Geschäftsbericht für das am 31. März beendete Geschäftsjahr 1918/19 bleibt die Gesellschaft, wie schon kurz gemeldet wurde, wieder dividendenlos (1913/14 bis 1917/18: 4½, 4½, 5, 0, 0 %). Die in der Hauptversammlung vom 2. September 1918 beschlossene und vom Handelsministerium genehmigte Kapitalserhöhung konnte wegen der kurz darauf eingetretenen politischen und wirtschaftlichen Umwälzungen noch nicht durchgeführt werden. Den Verlauf des abgelaufenen Jahres bezeichnet der Bericht als ungünstig, weil die Gewerkschaft Zukunft keinen Ueberschuß abliefern konnte, vielmehr einen Zuschuß von 157 176 ℳ erforderte. Das Kraftwerk Zukunft verteilte wieder 6 % Dividende, woraus der Aktiengesellschaft Zukunft 103 000 ℳ (wie i. V.) zuflossen. Die Gewinn- und Verlustrechnung der Braunkohlen-Industrie-A.-G. Zukunft verzeichnet neben dem erwähnten Gewinn aus der Beteiligung am Kraftwerk Zukunft von wieder 108 000 ℳ einen Gewinn aus Wertpapierverkauf von 3531 ℳ (0), wozu noch der Gewinnvortrag aus dem Vorjahr von 1124 ℳ (6320 ℳ Verlustvortrag) tritt. Andererseits erforderten Unkosten 50 296 ℳ (74 144 ℳ), Zinsen 11 343 ℳ (35 231 ℳ) und vertragsmäßige Zahlung an die Gewerkschaft Zukunft 157 176 ℳ (2819 ℳ Zahlung der Gewerkschaft Zukunft), sodaß sich ein Verlust von 106 166 ℳ (5124 ℳ Gewinn) ergibt. Nach der Vermögensrechnung stehen 102 093 ℳ (95 094 ℳ) Buchschulden 415 827 ℳ (508 941 ℳ) Außenstände gegenüber, die sich aus einer Forderung an die Gewerkschaft Zukunft in Höhe von 103 052 ℳ und einer solchen an das Kraftwerk Zukunft von 312 774 ℳ zusammensetzen. Der Wertpapierbestand stellt sich auf 7 171 241 ℳ (7 178 418 ℳ). Die Bürgschaften für die Bankschuld der Gewerkschaft Zukunft und für die Anleihe des Kraftwerks Zukunft belaufen sich auf 6,0 Mill. Mark (6,0 Mill. Mark). Der Abschluß der Gewerkschaft Zukunft verzeichnet einen Betriebsüberschuß von 571 651 ℳ (632 776 ℳ). Nach Deckung aller Unkosten und der Abschreibungen mit 321 616 ℳ (334 251 ℳ) ergab sich ein Verlust, der durch den oben erwähnten Zuschuß der Braunkohlen-Industrie A.-G. Zukunft von 157 176 Mark (vertragsmäßige Zahlung an die Braunkohlen-Aktiengesellschaft Zukunft von 2819 ℳ) gedeckt wurde. Bei der Gewerkschaft Zukunft erforderte die Durchführung des Ausbau- und Erweiterungsplanes im abgelaufenen Jahr sehr erhebliche Aufwendungen. Im neuen Geschäftsjahr kommen Ausbau und Erweiterungen so weit gefördert werden, daß die Wirkungen, wie es im Bericht heißt, nunmehr stärker in die Erscheinung treten und mit steigenden Gewinn- und Betriebsziffern zu rechnen ist. Die Gesamtrohkohlenförderung stellte sich auf 554 082 to (i. V. 583 057 to) und die Brikettherstellung auf 55 930 to (100 640 to). Die Entwickelung des Kraftwerks Zukunft bezüglich der Stromabgabe nahm den erwarteten Verlauf. Der Absatz stieg auf 54 835 286 Kwst. (34 814 411 Kwst.).

— **Eisenwerk G. Meurer A.-G., Cossebaude.** Wie wir hören, hat der in einer kürzlich stattgefundenen Aufsichtsratssitzung vorgelegte Halbjahres-Abschluß ein nicht ungünstiges Bild gezeigt. Der Geschäftsgang wurde als durchaus befriedigend bezeichnet, und für die bekannten „Prometheus-Erzeugnisse" der Gesellschaft lagen in reichlichem Maße Aufträge vor. In den letzten Tagen erhielt die Gesellschaft einen Auftrag auf 2300 Stück Kochherde von einer gemeinnützigen Baugesellschaft, sodaß die Beschäftigung auf eine Reihe von Monaten gesichert ist. (Im Vorj. 12 % Dividende.)

— **Eisenwerk Nürnberg A.-G. vormals J. Tafel & Co., Nürnberg.** Auf der Tagesordnung der zum 8. Oktober einberufenen ordentlichen Generalversammlung steht neben umfangreichen Satzungsänderungen noch der Punkt: Besondere Mitteilung an die Aktionäre. — Da sich hinter Anträgen wie diesem sehr oft für ein Unternehmen bedeutsame Vorschläge der Verwaltung verbergen, so sei die Aufmerksamkeit der Aktionäre besonders auf diesen Punkt hingelenkt.

— **Hannoversche Waggon-Fabrik A.-G.** In der gestrigen Aufsichtsratssitzung berichtete der Vorstand, daß der Geschäftsgang des am 30. September ablaufenden Geschäftsjahres befriedigend und durch den Eingang von Aufträgen ein erheblicher Umsatz für längere Zeit gesichert sei. Die dadurch gebotene Erhöhung der Besätze hat sehr hohen Preisen der Materialien für umfangreiche Abänderungs- und Neubauten erforderte sehr erhebliche Mittel. Der Aufsichtsrat beschloß deshalb, eine außerordentliche Generalversammlung auf den 18. Oktober einzuberufen und eine Erhöhung des Aktienkapitals um 2,5 Mill. Mark auf 6 250 000 ℳ vorzuschlagen. Den Inhabern der alten Aktien soll ein Bezugsrecht von 2 : 2 zugestanden werden. Bezüglich der Ausgabe der Aktien soll bei dem Ministerium für Handel und Gewerbe die Genehmigung sofort beantragt werden. — Die letzte Kapitalserhöhung bei der Gesellschaft erfolgte im Jahre 1916, und zwar um 1 250 000 ℳ auf 3 750 000 ℳ. Damals wurden die Aktien den Aktionären zu 175 % angeboten. An Dividenden zahlte die Gesellschaft für die letzten 6 Jahre (1911/12—1917/18) 8 %, 10 %, 10 %, 25 %, 20 % und 20 %.

— **Maschinenfabrik Oerlikon in Oerlikon (Schweiz).** Die Gesellschaft beantragt 8 % (I. V. 7 %) Dividende.

— **Oelfabrik Groß-Gerau-Bremen.** Laut Bericht des Vorstandes für das am 31. März abgelaufene Geschäftsjahr 1918/19 ist die Gesellschaft durch den unglücklichen Ausgang des Krieges stark in Mitleidenschaft gezogen worden. Fast alle Maßnahmen, welche im Laufe der Jahre für die Wiederaufnahme der Arbeit nach Friedensschluß getroffen waren, haben sich unter den obwaltenden Verhältnissen als nicht realisierbar erwiesen. Die gekauften ausländischen Rohwaren erleiden z. B. eine wesentliche Verteuerung durch die ungünstige Gestaltung der Valuta, während die Bearbeitung der Rohstoffe infolge von Kohlenmangel und Transportschwierigkeiten das erhoffte Ergebnis wahrscheinlich nicht wird liefern können. Die Zeichnung der Kriegsanleihen nötigt zu großen Abschreibungen, zu deren Deckung auch das Kriegsrückstellungs-Konto herangezogen werden müßte. Falls die landläufige Auslegung der Friedensbedingungen den tatsächlichen Verhältnissen entsprechen sollte, könnte der Fall eintreten, daß die Abdeckung von Auslandsschulden, deren Regulierung bei Kriegsausbruch verboten wurde, nunmehr zu Kursen erfolgen müßte, welche große Verluste für diejenigen nach sich ziehen, die Auslandsverpflichtungen haben. Da das Werk stets auf Import aus dem Auslande angewiesen war, befindet sich dasselbe naturgemäß in der Reihe derjenigen, welchen hieraus einseitige Verpflichtungen entstehen könnten. Der Betrieb der Oelfabrik mußte auch im Berichtsjahre vollständig ruhen. Durch die Entschädigung, welche die Gesellschaft von denjenigen Fabriken, welche an der Arbeit gehindert waren, empfangen hat, war man in der Lage, die Unkosten und regulären Abschreibungen zu decken. Letztere wurden trotz der Stillegung der Betriebe in gleicher Weise vorgenommen, wie in den vorhergegangenen Jahren. Die aufgenommenen Nebenbetriebe konnten infolge Kohlenmangels, wiederholter Streiks, großer Arbeitsunlust der Arbeiter usw. nur mangelhaft durchgeführt werden, sodaß Gewinne hieraus nur in beschränktem Maße erzielt werden konnten. Die Kunstdüngerwerke G. m. b. H. haben auch im Berichtsjahre einen Betrieb nicht unterhalten. Aus den geschilderten Ursachen, welche zunächst noch weiter wirksam bleiben werden, ist die Verwaltung auch in diesem Jahre nicht in der Lage, eine Dividende in Vorschlag bringen zu können. Ueber die Aussichten für das laufende Geschäftsjahr läßt sich zurzeit noch nichts Bestimmtes sagen. Seit Juli ist der Oelfabrikationsbetrieb, wenn auch vorerst in beschränktem Maße, wieder aufgenommen. Für die nächsten Monate sind auch weitere Zufuhren an Oelsaaten, welche für Rechnung des Reiches zur Verarbeitung kommen, zu erwarten. Die Gesellschaft hat sich den Bestrebungen zur Syndizierung der deutschen Oelfabriken angeschlossen und erbittet von der General-Versammlung die Gutheißung des Beitritts zu der bereits geschaffenen Organisation, von welcher man sich große Vorteile für die Zukunft versprechen darf und welche mit Aufhören der Zwangswirtschaft wirksam werden wird. Der Gewinn aus dem Betriebe stieg in 1918/19 auf 574 445 ℳ (i. V. 289 041 ℳ). Dazu kommt der Vortrag mit 72 119 ℳ (63 569 Mark). Andererseits erforderten Zinsen und Provisionen 115 734 ℳ (76 411 ℳ), sodaß nach Abschreibung auf Wertpapiere von 441 000 ℳ (—) und 179 070 ℳ (213 050 ℳ) sich ein Verlust von 89 239 ℳ (72 119 ℳ Gewinn, der vorgetragen wurde). Der Verlust wird durch Entnahme aus dem Kriegsrückstellungskonto, das sich dadurch auf 310 761 ℳ ermäßigt, gedeckt. In der Bilanz werden Waren mit 1 691 665 ℳ (1 613 769 ℳ) und Betriebsmaterialien mit 64 884 ℳ (57 974 ℳ) bewertet. Die Debitoren stiegen auf 1 158 221 ℳ (553 237 ℳ), während die Kreditoren und Bankgelder sich auf 5 714 000 ℳ (6 150 000 ℳ) beliefen. Kassa und Giroguthaben sind 40 098 ℳ (69 035 ℳ) vorhanden. Die Kreditoren erhöhten sich auf 2 984 765 Mark (2 610 179 ℳ).

— **Emil Köster Lederfabrik A.-G. in Neumünster.** Die Dividende für das Geschäftsjahr 1918/19 wird wieder mit 20 % vorgeschlagen.

— **Rheinische Tapetenfabrik A.-G., Beuel a. Rhein.** Der Abschluß per 31. Mai erweist auf Warenkonto einen Gewinn von 492 644 ℳ (i. V. 298 488 ℳ) aus. Unkosten beanspruchten 169 888 ℳ (52 695 ℳ). Nach Abschreibungen von 105 492 ℳ (64 023 ℳ) verbleibt ein Reingewinn von 97 650 ℳ (4459 ℳ), aus welchem eine Dividende von 10 % gleich 50 000 ℳ (I. V. 0 %) verteilt, 30 000 ℳ (—) dem Reservefonds überschrieben und 17 650 ℳ (4459 ℳ) auf neue Rechnung vorgetragen werden. Nach der Bilanz betragen Waren und Rohstoffe 195 291 ℳ (145 834 ℳ), Bankguthaben 271 139 ℳ (137 264 ℳ), Effekten 120 000 ℳ (200 000 ℳ) und Debitoren 256 752 ℳ (190 196 ℳ), denen 184 215 ℳ (81 180 ℳ) Kreditoren gegenüberstehen.

— **T. Neukranitz Aktiengesellschaft, Posen-Berlin.** Die Gesellschaft schlägt der auf den 11. Oktober cr. einberufenen ordentlichen Generalversammlung die Auflösung des Unternehmens vor.

— **W. Seeger Akt.-Ges. & Co. Parfümerielabrik in Berlin-Steglitz.** Das Geschäftsjahr 1918 erbrachte einen Bruttogewinn von 392 400 ℳ (i. V. 456 578 ℳ). Nach Absetzung der Unkosten von 332 736 ℳ (396 564 ℳ) etc. bleibt ein Reingewinn von 50 300 ℳ (67 259 ℳ). Die Bilanz verzeichnet Waren mit 137 024 ℳ (147 433 ℳ), Debitoren mit 184 370 ℳ (188 303 ℳ) und Kreditoren mit 155 580 ℳ (35 730 ℳ).

— **Norddeutsche Hochseefischerei A.-G. in Geestemünde.** In dem am 30. Juni beendeten Geschäftsjahr 1918/19 erbrachten die Erträgnisse der Dampfer und andere Einnahmen 1 006 209 ℳ (im Vorjahre 1 959 291 ℳ). Dagegen betrugen die Ausgaben für Kohlen, Eis und Wasser 143 347 ℳ (140 544 ℳ), für Netze, Fanggeschirr, Segel, Taue und Lohne 452 936 ℳ (166 255 ℳ), für Reparaturen und Ausrüstung 239 248 ℳ (580 548 ℳ), für Versicherung, Kriegsfürsorge, Generalunkosten und Diverses 591 236 ℳ (506 051 ℳ). Bei Bemessung der Abschreibungen auf 12 800 ℳ (29 092 ℳ) ergibt sich einschließlich Vortrag ein Reingewinn von 335 391 ℳ (432 941 ℳ), aus dem 20 % (30) Dividende verteilt und 236 553 Mark (Vortrag 155 653 ℳ) auf neue Rechnung und für Kriegsstener vorgetragen werden sollen. Wie der Vorstand berichtet, wurde der Fischfang im verflossenen Geschäftsjahre durch die Fortdauer Blockade sehr behindert, er konnte zeitweise nur auf einem sehr beschränkten Gebiete der Nordsee, welches durch Minen stark verseucht war, ausgeübt werden. Der Mangel an Bunkerkohlen zwang die Dampfer häufiger zum Stilliegen, sodaß viel kostbare Zeit verloren gegangen ist. Dampfer „Eva" wurde während des Fischens auf freigegebenem Gebiet durch eine explodierende Mine stark beschädigt. Nach leider nicht geglückten Versuchen, das Schiff durch einen in der Nähe fischenden Dampfer zu bergen, mußte „Eva" in sinkendem Zustande von der Mannschaft verlassen werden. Letztere kam wohlbehalten im Heimatshafen an. Der Schaden ist durch Versicherung gedeckt. Die im Dienste der Marine tätig gewesenen Dampfer haben nach erfolgtem Umbau die Fischerei wieder aufnehmen können. Die seinerzeit durch den Marinefiskus enteigneten Dampfer „Doggerbank" und „Amrumbank" hat die Gesellschaft zurückerhalten. Für während des Krieges verlorene Schiffe sind der Gesellschaft die Dampfer „Travemünde" und „Admiral von Thomsen" als Ersatz käuflich überlassen. Die genannten Schiffe sind in die Flotte eingereiht.

— **Erledigung der Ein- und Ausfuhranträge.** Die Klagen über die zu langsame Erhandlung der Anträge auf Ein- und Ausfuhrbewilligung wollen immer noch nicht verstummen. Die Handelskammer zu Berlin hat verschiedentlich Anlaß genommen, beim Reichskommissar für Aus- und Einfuhrbewilligung deswegen Vorstellungen zu erheben. Hierauf wird ihr neuerdings mitgeteilt, daß die schriftlichen und telegraphischen Erinnerungen der beteiligten Antragsteller vielfach deshalb keine rechtzeitige Erledigung finden können, weil nicht genau angegeben ist, um welche Waren es sich im einzelnen Falle handelt. Da die Behörde des genannten Reichskommissars fachlich gegliedert ist, ist die Ermittlung der Erinnerungsschreiben ohne diese Angaben so gut wie unmöglich. Die beteiligten Kreise wollen dies in künftigen Fällen beachten und, wenn irgend möglich, noch Tag und Geschäftsnummer der Schreiben des Reichskommissars angeben.

— **Fr. le Einfuhr von Kautschuk und Guttapercha.** Nach einer Bekanntmachung des Reichswirtschaftsministers ist die Einfuhr der nachstehend verzeichneten Waren ohne besondere Einfuhrbewilligung der ausländischen Behörde gestattet: Kautschuk, roh oder gereinigt; Guttapercha, roh oder gereinigt; Balata, roh oder gereinigt; Kautschuk-, Guttapercha- und Balataabfälle; abgenutzte Stücke von Waren aus Kautschuk, Guttapercha und Balata; Asbest (Amianth, Berg-, Erdflachs), roh, auch gemahlen; Asbestfasern, auch gereinigt.

— **Amerikanisches Petroleum in Hamburg eingetroffen.** Letzte Nacht ist in Hamburg die erste Sendung Petroleum aus Amerika eingetroffen, und zwar mit dem Tankleichter „Minator" der Fairplay V, der 1500 to von Rotterdam für die Pure Oil Company G. m. b. H. nach Hamburg gebracht hat. Dieses Petroleum unterstellt den bestehenden Vorschriften der allgemeinen Verteilungsbestimmungen.

— **Tabaksteuer.** Im ersten Viertel des Rechnungsjahres 1919 betrug, nach Mitteilung des Statistischen Reichsamts, die Rohtabakmenge aus der Tabaksteuer im deutschen Zollgebiet 3 028 284 ℳ (im vierten Viertel 1918 dagegen 5 919 631 ℳ) und die Tabaksatzsteuerfabgabe 516 505 ℳ (1 139 782 ℳ).

Telegramme.

Köln, 19. September. (Priv.-Tel.) Die **Köln-Düsseldorfer Dampfschiffahrts-Gesellschaft** stellt vom Montag ab den Personenverkehr nach dem Oberrhein völlig ein. Geringer Wasserstand (etwas über 80 cm Kölner Pegel) und Kohlenmangel zwingen zu dieser frühen Maßnahme. Von da an fahren nur noch Güterschiffe.

Brüssel, 19. September. (Priv.-Tel.) Die **japanische Regierung** notifizierte ihren **Austritt aus dem Fünfmächtesyndikat für die chinesische Anleihe.**

Fremde Börsen.

Frankfurt a. M., 19. September. (Priv.-Tel.) Die Börse war ausgesprochen fest, ausgehend von Kolonialmarkt, der große Lebhaftigkeit zeigte. Nach der Tendenz der gestrigen Abendbörse konnten Neu-Guinea von 330 heute weiter bis 390 anziehen (gestern 324), Southwest 204 bis 205 (gestern 198), Otavi 297 bis 271 (gestern 261), Otavi-Genußscheine 193 (gestern 180), Kolonialanteile 1340 (gestern 1300). Von Valutapapieren waren Canada abgeschwächt mit 541 bis 536 (gestern 529). Auch Steaua gingen zurück von 596 auf 588 (gestern 592). Deutsche Petroleum notierten 341 bis 344. Gute Beachtung fanden Schantung-Bahn, die mit 150 weiter 5 % gewannen. Der Montanmarkt wies keine erheblichen Veränderungen auf. Die Stimmung war fest. Bankaktien fest. Chemische Papiere blieben gefragt und anziehend. Scheideanstalt 8 %, Theodor Goldschmidt 5 %, Holzverkohlung 4 % höher. Schiffahrtsaktien fest. Norddeutscher Lloyd 3 %, Hapag 2 % höher. Elektrowerte behauptet. Antowerte niedriger. Heimische Anleihen erneut schwächer. 5 %ige Kriegsanleihe 77,25, 3 %ige Reichsanleihe 65,25, Hypothekenpfandbriefe gesucht und höher, ebenso Industrieobligationen. Der Devisenmarkt lag schwächer, ebenso Noten, während Coupons anzogen.

An der Abendbörse war der Geschäftsverkehr ruhiger bei fester Tendenz. Montanpapiere behaupteten den Kursstand. Harpener gingen 1 % höher (181), Gelsenkirchener notierten 180, Mannesmann 1½ % höher (165). Schiffahrtsaktien haben sich nur wenig verändert. Lloyd stellte sich auf 116¾, Hapag 114½. Von Bankaktien stiegen Deutsche Bank bei regen Umsätzen um 5½ % auf 218½. Unter den Kassa-Industriepapieren schwächten sich Scheideanstalt 4 % (391) und Farbwerke Höchst 2½ % (340½) ab. Badische Anilin zogen 1 % an (428). Sonst sind noch zu erwähnen: Eschweiler Bergwerk 5½ % höher (259½) und Felten & Guilleaume 2 % höher (266). Von Elektrowerten wurden niedriger Deutsch-Ueberseer 8½ % (317), Bergmann 3 % (155), A. E. G. 1½ % (194). Eine weitere Kurserhöhung erfuhren Theodor Goldschmidt mit 6 % (296). Kolonialpapiere schwächten sich ab. Otaviminen-Anteile verloren 6 % (261), Genußscheine 3 % (182), Southwest-Genußscheine fest und lebhaft (210—215). Auslandspapiere ruhig. Steaua Romana 585—581, Deutsche Petroleum 439—438, Kriegsanleihe 77,25.

Zürich, 19. September. (Priv.-Tel.)

Notierungen der Devisen-Zentrale.	Amtliche 18.	19.
Berlin	20,25	20,30
Wien	7,75	8,00
Prag	15,00	17,25
Holland	207,50	207,50
New-York	—	560,00
London	22,25	23,35
Paris	63,25	63,75
Italien	56,00	56,25
Brüssel	63,00	63,75
Kopenhagen	123,50	121,75
Stockholm	137,25	137,00
Kristiania	129,50	129,50
Petersburg	—	—
Madrid	104,25	104,00
Buenos Aires	232,00	257,00

Marktberichte.

Hamburg, 18. Sept. (Priv.-Tel.) **Kakao.** Der Handel mit Rohkakao ist durch Veröffentlichung im Reichsanzeiger freigegeben worden, während die Einfuhr der übrigen Kakaoerzeugnisse nach wie vor der Genehmigung der Kakao-Wirtschaftsstelle unterworfen ist, welche besonders ausländisches Kakaopulver nur in kleinen Mengen hereinläßt. Der Niedergang der Reichsmark im Auslande in den letzten Tagen machte Einfuhren unmöglich und führte zu starker Nachfrage nach bereits in Deutschland befindlichen Posten, welche zu steigenden Preisen aus dem Markt genommen wurden. Die neuerliche Besserung der Kurse hat abschwächend auf den Markt gewirkt. Kakaobohnen gehen im Auslande langsam zurück. Die heutigen Preise sind für 50 kg netto ab Holland und Dänemark, bei Lokoware ab Freihafen Hamburg: Kakaobohnen: Fermentiert Accra 62 Hfl. (661 ℳ), loko 700 ℳ, Courant Accra 61 Hfl. (641 Mark), Samana 725 ℳ, San Thomé fein 75 Hfl. (788 ℳ), mittel 68 Hfl. (714 ℳ), fair Bahia 70 Hfl. (735 ℳ), superior Bahia 78 Hfl. (819 ℳ), Plantation Trinidad loko 900 ℳ, Grenada 875 ℳ, Surinam 850 ℳ, Superior Sommer-Arriba 800 ℳ, Epoca Arriba 78 Hfl. (619 ℳ), Java loko 800—870 ℳ, naturelle Venezuela 90—94 Hfl. (945 bis 987 ℳ), gefärbte 93 bis 98 Hfl. (977—1029 ℳ), feine Portocabello 105 bis 125 Hfl. (1100—1310 ℳ). Kakaopulver: amerikanisches, auf Abladung 1090 ℳ, Kakaobutter: deutsche 1350 ℳ, holländische 140 Hfl. (1470 ℳ).

London, 17. Septbr. (W. T. B.) Kupfer per Kasse 101, per 3 Monate 101⅞, Electrolytik 110 bis 123, Best Selected 108 bis 109, Strong Sheets 146, Zink 41¾—42½, Zinn per Kasse 289, per 3 Monate 279¼, Blei 25⅞—26¼, Weichblei 26 ℳ, Spanisches 28 ℳ, Silber auf Lieferung 61.

Wollberichte.

London, 17. Septbr. (W. T. B.) Am heutigen zweiten Tage der Wollauktion wurden 9460 Ballen angeboten. Es herrschte wieder lebhafter Wettbewerb: alle guten und feinen Sorten wurden zu den neuen höheren Preisen verkauft. Das Geschäft in den geringeren und groben Sorten ging langsam vor sich.

Juwelen Perlen
Margraf & Co.
G. m. b. H.
Kaiserstr. 9
Tauentzienstr. 18 A
Tel.: Zentr. 3264.

Ankauf von Juwelen
Perlen, Smaragden usw.
Margraf & Co.
G. m. b. H.
Kaiserstr. 9.

Devisenhändler
angleich gewandter Korrespondent,
f. Berl. Bankgeschäft
sofort gesucht. Aussichtsreiche Position. Diskretion zugesichert. Offert. u. FF. Y. 22927 an Rudolf Mosse, Leipziger Str. 103. (20232-24)a

Was ist die
„Technische Nothilfe"?
Eine parteipolitische Einrichtung?
Nein!
(20647)

Für Berliner Bankgeschäft wird zu sofortigem Eintritt oder zum 1. Oktober jüngerer Buchhalter gesucht. Angebote mit Zeugnissen u. Gehaltsansprüchen unter J. 236 a. d. Geschäftsst. d. Ztg. (20626-29)a